

FLÄCHENNUTZUNGSINTENSITÄT (GESAMTBANNEBIET)

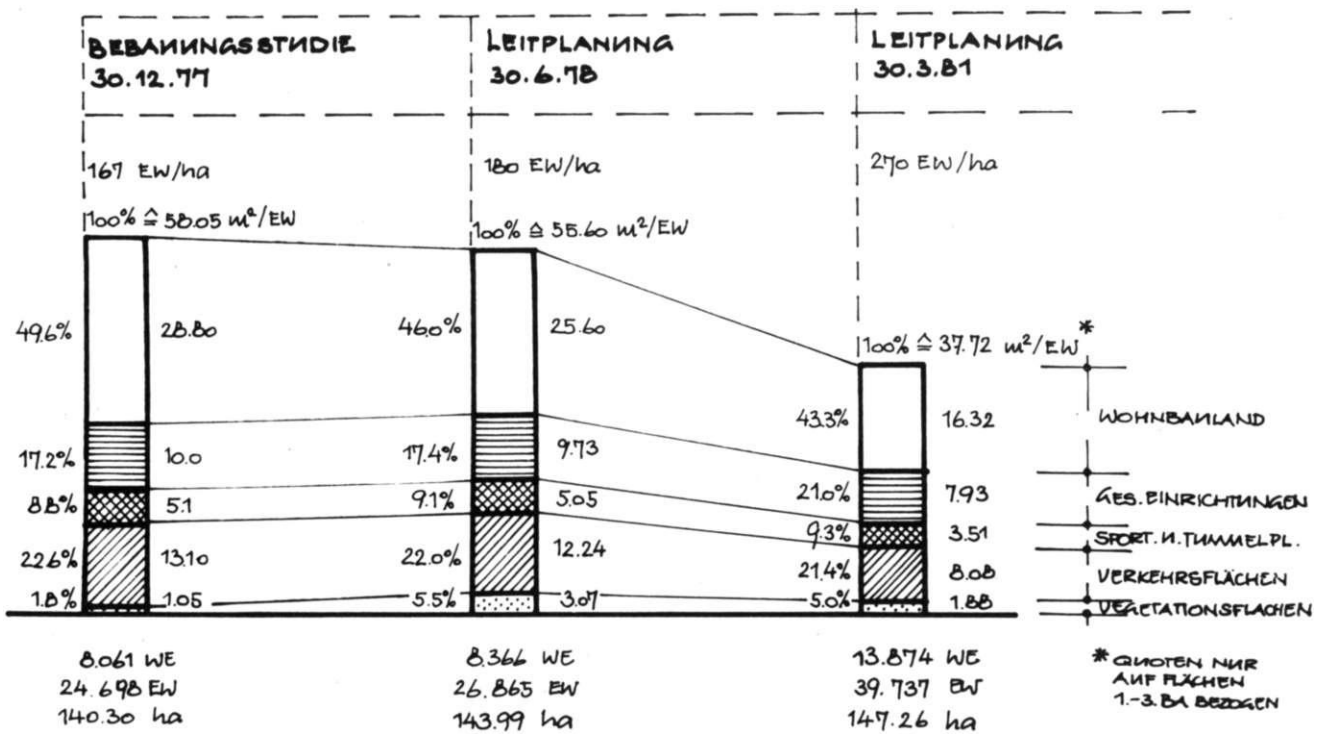
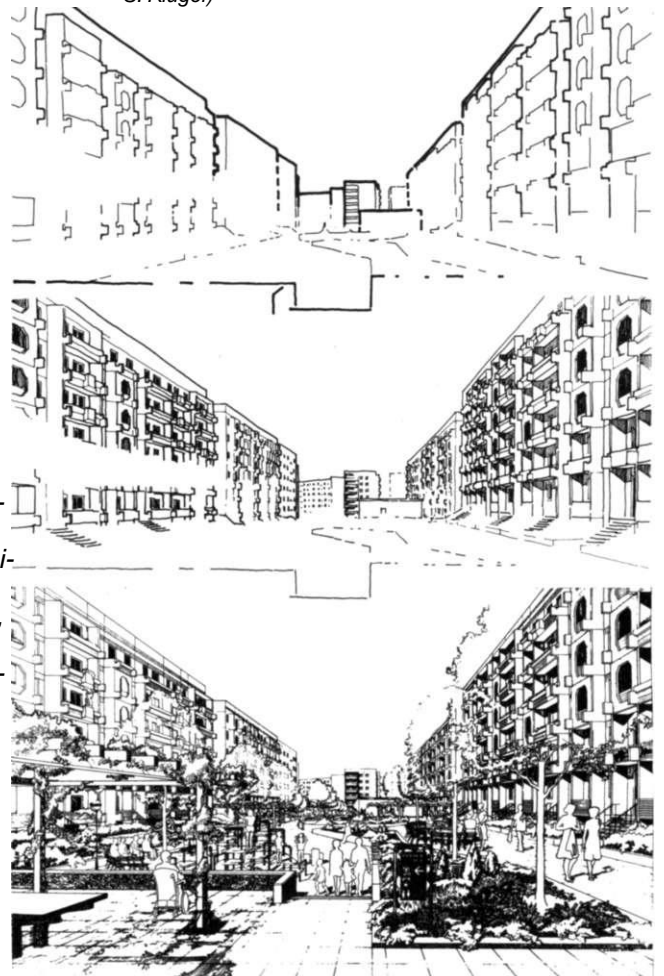


Abb. 104 Vergleich der städtebaulichen Dichte in verschiedenen Planungsstadien

Abb. 105 Konzept zur stadträumlichen Konzeption (Zeichnung S. Klügel)

Das interessiert offensichtlich auch die Genossen in Gorki besonders, wie einem Artikel in der Prawda vom 31. Januar 1980 zu entnehmen ist<sup>80</sup>. Bemerkenswert ist auch, daß bei dem ursprünglichen Entwurf für das neue Wohngebiet neben der üblichen fünfgeschossigen Bauweise etwa 20% drei- und viergeschossige Gebäudetypen, 25% vielgeschossige Gebäude und immerhin 5% Eigenheime konzipiert werden. Insbesondere die Baustrukturen im nordöstlichen Teil des Gebietes lehnen sich an die Typologie der in den 20er Jahren errichteten Hermann-Beims-Siedlung an (vgl. Abb. 101).

In einer Vorlesung vor Studenten der Hochschule für Architektur und Bauwesen Weimar im Jahre 1982 resümiert der Komplexarchitekt den Planungsansatz wesentlich differenzierter: "Wir orientierten uns dabei nicht mit reformatorischem Eifer auf die Erfindung neuer ungewohnter Formalismen. Wir suchten vielmehr nach neuen strukturellen Lösungen in der sozialen Organisation des Wohnens, in einem feinfühligere[n] Verständnis für die Dialektik zwischen Privatem und Öffentlichem. Erklärend darf ich hinzufügen, daß wir hierfür über kein durch Grundlagenforschung gesichertes theoretisches Konzept verfügten, sondern lediglich über Erfahrungen und Einsichten im Dialog mit einer sich gegenüber unseren bisherigen Wohnungsbau-lösungen zunehmend kritischer verhaltenden Wohnbevölkerung. ... Die Ausgangspunkte unserer Arbeit wurden üblicherweise durch den Generalbebauungsplan der Stadt Magdeburg gesetzt. ... Natürlich sind damit bereits wesentliche Milieuentscheidungen, auch für den Wohnbereich, getroffen. Es ist das inzwischen Übliche! Eine



<sup>80</sup> vgl. Woronow, J., 1980, S. 4

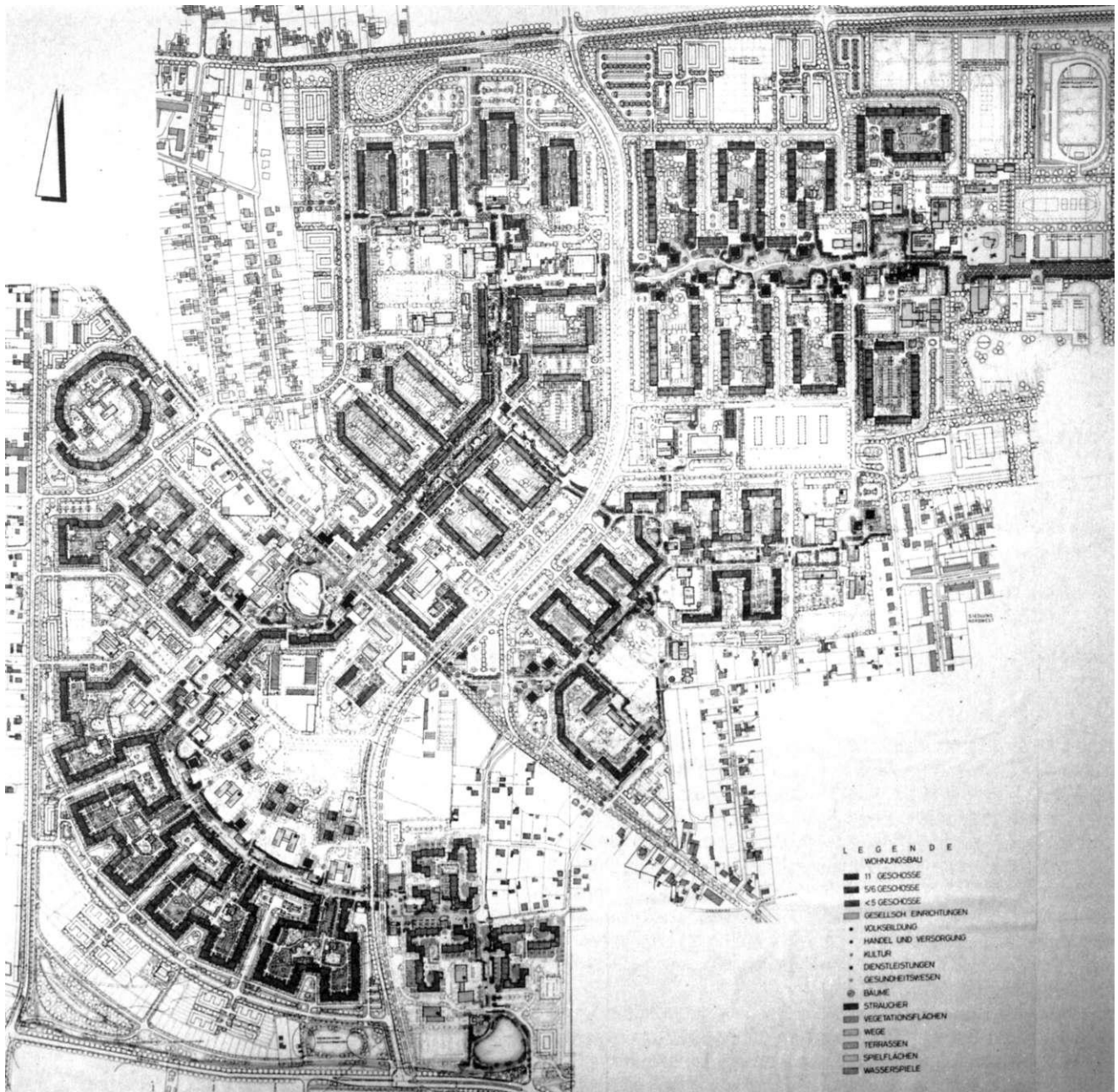


Abb. 106 Realisierte Bebauungskonzeption für das Experimentalwohngebiet Olfenstedt, Büro des Stadtarchitekten, 1983 (Entwurf)

*Größenordnung einer kleinen Stadt oder großen Gemeinde in Randlage einer Stadt mit der zehnfachen Größenordnung. Nicht Integration, sondern Erweiterung!*<sup>81</sup>

Ansatzpunkte für die Qualifizierung der Wohnumwelt sehen die Planer für den Experimentalwohnkomplex in der Differenzierung der öffentlichen Räume durch eine Abstufung der Zentralitäten (vgl. Abb. 102 und 103). Ausgehend von einem Hauptzentrum, dem Marktplatz, wird durch den öffentlichen, aber fahrverkehrsfreien Fußgängerbereich eine neue Strukturebene zwischen Zentrum und Wohnbereich eingeführt. Er wird in Richtung Nordosten durch die "Marktbreite" und nach Südwesten durch den "Brückenweg" formuliert, setzt sich in den einzelnen Bauabschnitten, z.B. durch den "Parkweg" im Nordosten fort und endet in einem kleinen Nebenzentrum wie dem "Gorkiplan". Dieser räumli-

chen Hierarchie wird bewußt ein semantisches Konzept eingeschrieben, das auch die Bezeichnung der einzelnen Bereiche und Orte in dem neuen Wohngebiet erklärt. Hierzu wird in einer Arbeitsklausur im Mai 1978 ein "Leitplan zur Komplexen Umweltgestaltung" entwickelt, an dem neben Planern vom Büro des Stadtarchitekten und der Bauakademie auch Vertreter des "Büros für architekturbezogene Kunst Magdeburg" und ein Schriftsteller mitwirken. Dem textlich niedergelegten Konzept<sup>82</sup> ist ein Leitfaden für die "ideologisch-politische Zielstellung", die Benennung der städtebaulichen Räume, eine Beschreibung der wichtigsten Aspekte einer architektonisch-künstlerischen Gestaltung bis hin zu konkreten Vorschlägen für die Farb- und Frei-

<sup>81</sup> vgl. Vorlesungsmanuskript

raumgestaltung des Wohnkomplexes zu entnehmen. Danach steht für das neue Wohngebiet der Hauptgedanke "Sozialistisches Zusammenleben", das meint "Miteinander auskommen, miteinander leben, aufeinander angewiesen sein, einander helfen - in Ehe und Nachbarschaft; Kinder und Eltern; Junge und Alte". Für die Benennung der Räume und Bereiche sollen Eigentümlichkeit und Geschichtlichkeit einfließen. Eine besondere Rolle spielt dabei der Begriff "Stern", der als "Sinnbild politischer Identifikation (Roter Stern), sinnliches Bild für Leuchtkraft und gedankenvolles gebautes Bild im Zentrum interpretiert wird. Deshalb wird zunächst sogar vorgeschlagen, das neue Wohngebiet "Magdeburg-Stern" zu nennen und "Magdeburg-Olvenstedt" lediglich als Arbeitsbegriff zu verwenden. Das Konzept für den Marktplatz und die Marktbreite assoziiert das bäuerliche Leben in der umgebenden Magdeburger Börde und die Begriffe "Brunnenstieg" oder "Erlenholz" suchen nach Anknüpfungspunkten traditioneller Bau- und Raumstrukturen der Region. Dem schließt sich unter Berücksichtigung der Partnerschaft mit der UdSSR für den ersten Bauabschnitt der Gedanke zu einem "Grundsteinviertel" mit einem "Maxim-Gorki-Plan" an, in dem sogar symbolische Handlungen des Planungs- und Bauprozesses in das semantische Repertoire aufgenommen werden. Der Farbleitplan orientiert u.a. auf die Verwendung von Keramikfarben (postgelb, hellgelb, rotbraun, blau, grün, türkis, weiß), die an

Abb. 108 Kunstobjekt am Gorkiplan/Parkweg im ersten Wohnkomplex, 1983 (Gorki sitzend)



positive Erfahrungen im Wohngebiet Magdeburg-Nord anknüpfen sollen. Für die öffentlichen und gemeinschaftlichen Freiräume wird in Zusammenarbeit mit dem Amt für industrielle Formgestaltung der DDR und dem VEB Produkt- und Umweltgestaltung Dresden ein detailliertes "Konzept zur komplexen Umweltgestaltung" erarbeitet. Parallel zur städtebaulichen Leitplanung im Maßstab 1:2000 und zur Bebauungskonzeption im Maßstab 1:1000 wird dabei für

den ersten Bauabschnitt ("Parkweg") die Freiflächengestaltung, das Farbkonzept und die Ausstattung mit speziell für Magdeburg entwickelten Freiraumelementen vorbereitet<sup>83</sup>. Dieses Projekt wird 1982 zur IX. Kunstausstellung der DDR in Dresden in der Abteilung Architekturbezogene Kunst neben einem vergleichbaren Konzept für das Wohngebiet Berlin-Marzahn gezeigt<sup>84</sup>. Zur Demonstration des Anliegens werden neben zahlreichen Modellen (vgl. S. 113, Band 2) didaktische Skizzen, z.B. für den Bereich der Marktbreite (vgl. Abb. 105), angefertigt.

Nach der Grundsteinlegung im ersten Bauabschnitt am 16. Februar 1980, an den heute eine Plastik von dem Schriftsteller Maxim Gorki erinnert (vgl. Abb. 107-108), wird die Umsetzung der Pläne und Konzepte für den Experimentalwohnkomplex Olvenstedt von den "beträchtlichen volkswirtschaftlichen Veränderungen" zu Beginn der 80er Jahre geprägt. Das Bebauungskonzept erfährt durch die Vergrößerung der Wohnungszahlen auf 14.000 WE und die erheblichen strukturellen Veränderungen im Südosten (vgl. Abb. 106) bei einer gleichzeitigen Beschränkung auf 94 % fünf- und sechsgeschossige Gebäudetypen und lediglich 6 % drei- und viergeschossige Gebäude eine starke Verdichtung (vgl. Abb. 104). Sie geht zu Lasten des Wohnbaulandes und der integrierten öffentlichen Räume. Gleichzeitig reduziert sich nach Maßgaben des X. Parteitages der

Abb. 107 Situation im ersten Wohnkomplex nach der Fertigstellung, 1982/83



SED im April 1981 der Investitionsaufwand für das neue Wohngebiet um 15 %. Deshalb erfährt der 3. Bauabschnitt in Olvenstedt im Südosten eine regelrechte Neuplanung bei gleichzeitiger Einführung "rationalisierter Wohnungsgrundrisse" (vgl. S. 154, Band 2). Zur Realisierung des gesamten südwestlichen Bereiches wird ab 1986 eine im VEB Wohnungsbaukombinat Magdeburg modifizierte Baureihe der WBS 70 als M 86 angewendet (vgl. S. 178, Band 2).

<sup>82</sup> vgl. Konzept zum Leitplan, 1978

<sup>83</sup> vgl. Klügel, S., 1981, S. 616 f.

<sup>84</sup> vgl. IX. Kunstausstellung der Deutschen Demokratischen Republik (Katalog), 1982, S. 298

Was der zuständige Komplexarchitekt in einem Artikel für die Zeitschrift "Architektur der DDR" lediglich als "schwere Aufgabe für das Komplexe Experiment, das sowohl in ökonomischer Hinsicht, als auch in wohnkultureller Hinsicht einen Prototyp demonstrieren soll"<sup>85</sup>, bezeichnet, das erklärt er den Studenten 1982 in Weimar mit folgenden Worten: *"Aus dem Vergleich des Leitplanungsstandes 1977 zu 1981 können Sie das Maß der Veränderungen im Bemühen um eine qualitativ hochwertige Lösung ablesen. ... Aber in diesen 4 Jahren hat sich Bemerkenswertes getan und ich halte es für fair, Ihnen etwas zu diesem schmerzlichen Vorgang zu erzählen. ... Es ist erkennbar, daß wir das Prinzip der bauabschnittweisen Variabilität der Wohnbereiche beibehalten konnten, daß aber die offeneren und vielgestaltigeren Formen zugunsten kompakterer geschlossenerer Formen weichen mußten. ... Es mußte, von Jahr zu Jahr massiver werdend, der ursprüngliche Investitionsaufwand gesenkt werden. Das bedeutete Verzicht auf Ausstattung und Ersatzlösungen für den Wohnungsbau. ... Ich kann jetzt an Ihren Gesichtern recht gut ablesen, was sie bei dieser Schilderung bewegt. ... Ich glaube, entscheidend für die moralische Position des Planers in solchen Situationen ist erstens seine eigene Fähigkeit, die Gründe für solche Veränderungen zu erkennen. Ich glaube zweitens, daß wir Architekten zu allen Zeiten und unter den verschiedensten Gesellschaftsformationen den Widerspruch zwischen dem gesellschaftlich, aber auch individuell Gewünschten und dem objektiv Möglichen produktiv lösen mußten. ... Fairerweise muß ich dazu sagen, daß solche Kämpfe nur dann erfolgreich geführt werden können, wenn Sie als Städtebau planer auch die eigenen Fähigkeiten entwickeln, parallel zu Ihnen arbeitende Ebenen und vor allem übergeordnete Leitungsebenen zu einem gleichen Vorgehen zu veranlassen bzw. zu überzeugen."* Daß sich ein solcher Anspruch als tragischer Irrtum erweisen sollte, kann ein genauerer Blick auf die Entwicklung in den 80er Jahren zeigen.

### 3.5. Die Krise (1981 - 1990)

Obwohl der X. Parteitag der SED im April 1981 die in den 70er Jahren eingeführte Generallinie zementiert, können amtliche Statistiken die sich massiv verschärfende ökonomische Situation nicht mehr verschleiern. Als durch Preissteigerungen für Erdöl auf dem Weltmarkt, aber auch durch hohe Verbindlichkeiten zum Import von Technologien aus dem westeuropäischen Ausland und Japan zum Jahreswechsel 1982/83 die Zahlungsunfähigkeit der DDR droht, wird das Scheitern der Wirtschaftspolitik der SED-Führung offenkundig. Zwei durch die Bundesregierung gewährte Milliardenkredite entschärfen die Situation nur kurz

fristig. Die unwirtschaftlichen Subventionen in die Sozialleistungen und Grundbedürfnisse bis hin zu den seit 1972 "eingefrorenen" Wohnungsmieten sowie die Fortführung des Wohnungsbauprogramms bei sinkenden Investitionssummen, wie sie auf der 7. und 8. Baukonferenz der DDR in den Jahren 1980 und 1985 sowie auf dem XI. Parteitag der SED im April 1986 wiederholt gefordert werden, führen zu erheblichen Qualitätseinbußen im Wohnungsneubau und verhindern eine durchgreifende Umsetzung der "intensiven Stadtentwicklung". Vor einem solchen Hintergrund erscheinen die in diesem Zeitraum erlassenen gesetzlichen Bestimmungen (vgl. Dokumente 11) zu einem Abrißverbot bestehender Bausubstanz und zu veränderten Richtlinien bei der Planung für Wohngebiete, die nunmehr innerstädtische Baustandorte und "Umgestaltungsgebiete" einschließen sollen, wie Beschwörungen. Das betrifft auch die im Mai 1982 beschlossenen neuen "Grundsätze für die sozialistische Entwicklung von Städtebau und Architektur in der DDR" (vgl. Dokumente 12), die eine Umkehr der auf extensiven Wohnungsbau orientierten Städtebaupolitik und Profilierung des Bauwesens fordern. So geben die Planungsansätze in der letzten Phase des DDR-Städtebaus auch in der Stadt Magdeburg eine wachsende Kluft zwischen den offiziellen Forderungen und den realen wirtschaftlichen Möglichkeiten der Bauindustrie und Bauwirtschaft wieder. Das geht mit der wachsenden Unfähigkeit zu einer kritischen und realistischen Einschätzung der Situation in den zentralstaatlichen Entscheidungsgremien einher. Für die zweite Hälfte der 80er Jahre kann man von einem Zustand der Agonie sprechen, der mit einem beinahe pathologischen Prozeß der Stadtentwicklung einhergeht, den die überlieferten Planungsdokumente aussagen können, wenn man sie an ihrem Realitätsgehalt mißt. Dem wirtschaftlichen Niedergang in den 80er Jahren folgt im Herbst 1989 der Zusammenbruch des politischen Systems der DDR und im Jahre 1990 beginnt der Vereinigungsprozeß der beiden deutschen Staaten. Daß sich in den gesellschaftlichen und individuellen Auseinandersetzungen zu einem überkommenen Leitbild und Modell der Stadtentwicklung aus vier Jahrzehnten Städtebau in der DDR die Ansätze für Projekte und Themen der Stadtentwicklung von Magdeburg in den 90er Jahren herausbilden, kann an dieser Stelle nur angedeutet werden.

### Eine neue Phase in der Generalbebauungsplanung

Um 1980 beginnt unter den Planungsfachleuten der DDR eine Auseinandersetzung zu einem veränderten Entwicklungsansatz für die Städte, der unter dem Begriff "intensiv erweiterte Reproduktion" eine Umorientierung auf innerstädtische Baustandorte ins Auge faßt. Dabei wird erstmals die Frage nach einem Konzept jenseits

<sup>85</sup> vgl. Klügel, S., 1984, S. 406

<sup>86</sup> vgl. Vorlesungsmanuskript, S. 14 ff.



Abb. 109 Konzeption zum Wohnungsbauprogramm 1981-90, Büro des Stadtarchitekten, Mai 1982





Abb. 110 Analyse der Stadtstruktur zum Generalbebauungsplan, Büro des Stadtarchitekten, 1985

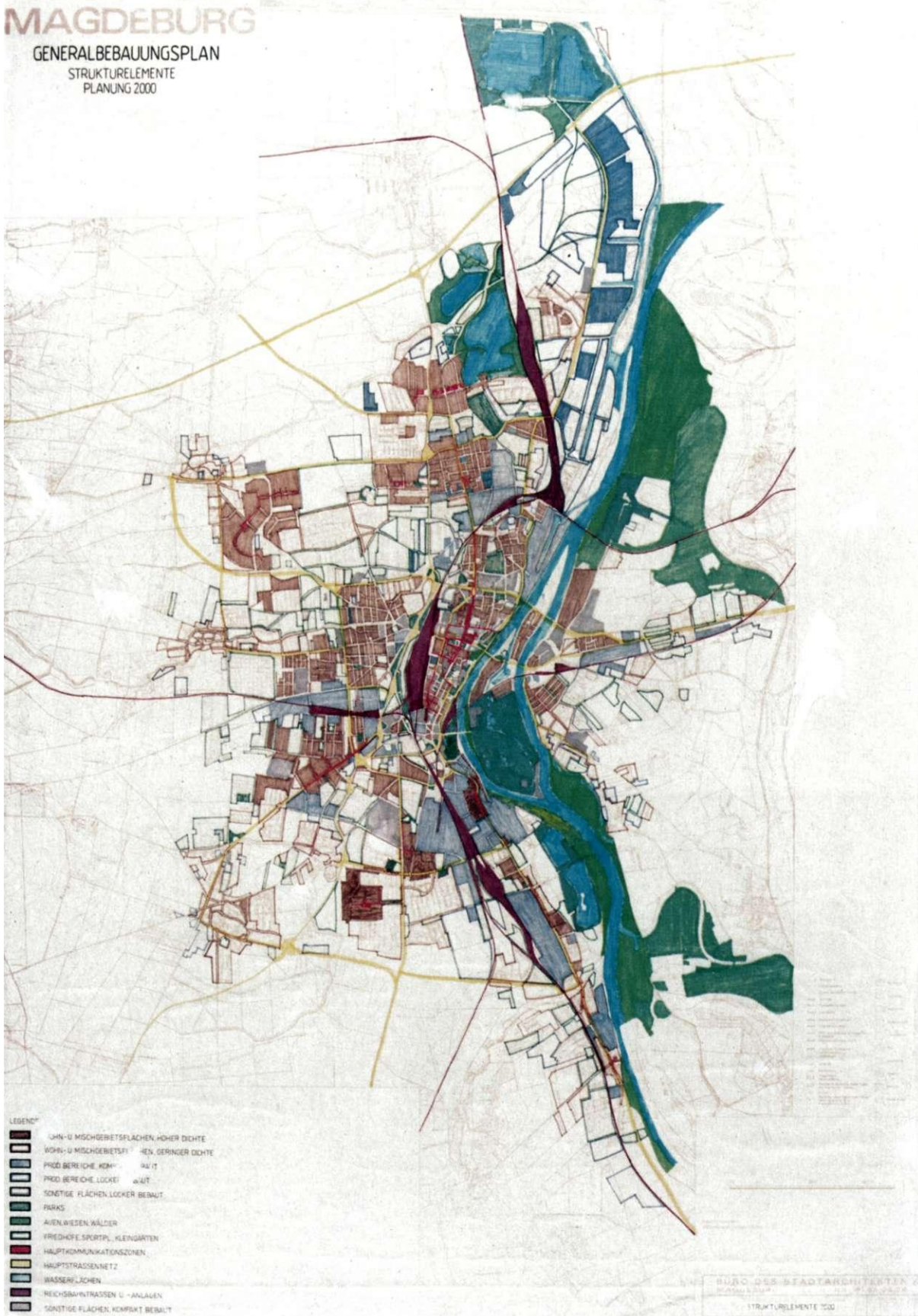




Abb. 111 Schwerpunkte der Stadtgestaltung nach 1990, Büro des Stadtarchitekten, 1985



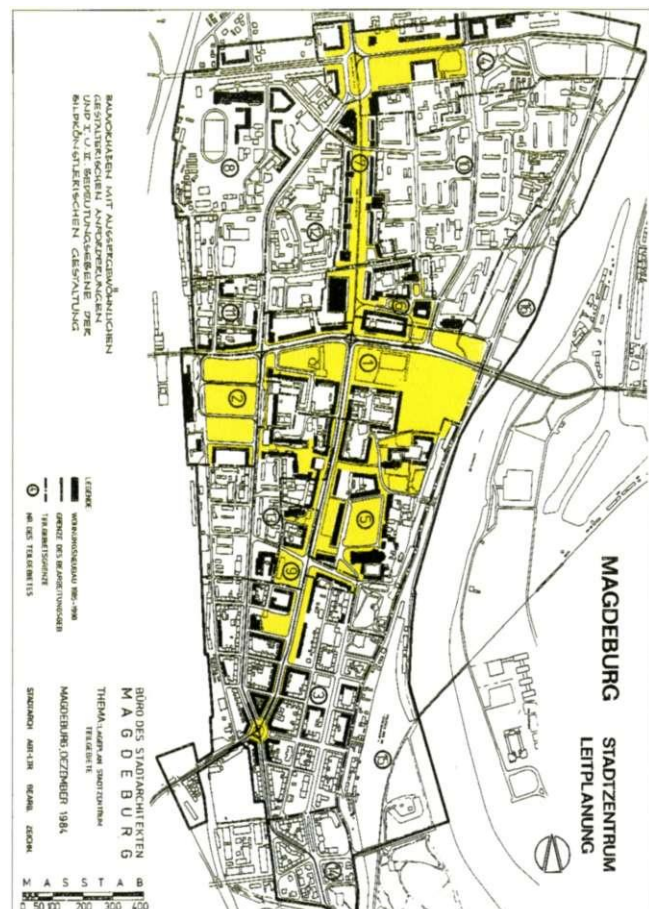
der "Schallgrenze 1990" und dem dann als erfüllt zu betrachtenden Wohnungsbauprogramm der SED mit landesweit drei Millionen neuen Wohnungen aufgeworfen. Ein solcher Ansatz gewinnt auch in Magdeburg an Bedeutung und wird in einem Beitrag des Stadtarchitekten auf einer Tagung der Sektion Städtebau und Architektur der Bauakademie der DDR am 9. November 1978 ausgesprochen: *"Bei einem Stand 1975 von 278.000 Einwohnern, 111.000 Haushalten und 110.000 Wohnungen rechnen wir im Jahre 1990 mit 300.000 Einwohnern, 130.000 Haushalten und einem Bedarf von etwa 130.000 Wohnungen. Dazu sollen 1976 bis 1990 mindestens 45.000 Wohnungen neugebaut werden. 20.000 Wohnungen werden davon für die Erweiterung des Bestandes und 25.000 für die Aussonderung überalterter Substanz gerechnet. ... Faßt man die beiden 5-Jahrplanzeiträume 1981-1990 zusammen, so entsteht folgendes Bild: Den 6000 angestrebten Wohnungen in Umgestaltungsgebieten stehen mindestens 20.000 auszusondernde Altbauwohnungen in innerstädtischen Gebieten gegenüber, d.h. mindestens 14.000 Wohnungen werden ausgesondert, ohne daß am gleichen Standort neugebaut werden kann. Zusammenfassend entspricht diese Größe drei neuen Wohngebieten, vergleichbar mit dem Komplex "Neustädter Feld" oder sieben Altbau-mischgebieten, vergleichbar der "Neuen Neustadt". ... Es ist nicht möglich, etwa folgendes Konzept zu verfolgen - erst einmal bis 1990 das Wohnungsbauprogramm hinsichtlich der Standortpolitik so zu verwirklichen, wie es sich derzeit abzeichnet und mit prinzipiellen Korrekturmöglichkeiten nach 1990 zu rechnen. ... Damit entsteht die reale Gefahr eines immer stärker werdenden Schrumpfens der Einwohnerzahlen in den Altbaugebieten. Damit soll gesagt werden, daß der überwiegende Bau neuer Wohngebiete nicht zur Folge haben darf, daß in den Altbaugebieten nichts geschieht, daß sie sich in ihrer Veränderung in den nächsten Jahren selbst überlassen bleiben"*<sup>87</sup>.

Mit solchen Ansätzen wird nach entsprechender zentraler Anordnung durch die 46. Plenartagung der Bauakademie der DDR auch die Generalbebauungsplanung für Magdeburg fortgesetzt. Eine Standortkonzeption aus dem Jahre 1982 (vgl. Abb. 109) weist im Gegensatz zu einem Konzept aus dem Jahre 1976 nur noch das Gebiet Olvenstedt als großen extensiven Wohnungsbaustandort aus. Der noch 1978 für 7000 Wohnungen vorgesehene Standort Lemsdorf scheint aus dem Plan gestrichen zu sein. Dafür präzisiert dieser Plan die Umgestaltungsgebiete in der Neuen Neustadt, im Südlichen Stadtzentrum, am Heumarkt, auf

dem Werder, in Sudenburg und einem kleineren Ausschnitt von Stadtfeld. Erstmals werden auch die großen Wohngebiete der 20er Jahre, wie die Hermann-Beims-Siedlung, die Curie-Siedlung und die Siedlungen in Cracau und Brückfeld für eine komplexe Instandsetzung und Modernisierung vorgesehen. Eine besondere Würdigung und fachpolitische Aufmerksamkeit erfährt die Periode des Neuen Bauens in Magdeburg zu Beginn des Jahres 1983, als in Vorbereitung auf das 3. Internationale Bauhauskolloquium an der Hochschule für Architektur und Bauwesen Weimar ein ausführlicher Beitrag von K.-H. HÜTER<sup>88</sup> in der Zeitschrift "Form+Zweck" erscheint.

Mitte 1984 wird offensichtlich im Hinblick auf eine erneute Zusammenarbeit der Stadt Magdeburg mit dem Institut für Städtebau und Architektur der Bauakademie der DDR ein Bericht zur "Generalbebauungsplanung" in Magdeburg gegeben. Nach einer ausführlichen historischen Abhandlung zur Geschichte der Stadt endet der Beitrag mit der Frage nach "Grundlinien der Stadtentwicklung mit dem Blick auf das Jahr 2000". In den hierzu vorliegenden Planentwürfen (vgl. Abb. 110 und 111) wird ein stark analytischer Ansatz verfolgt, der

Abb. 112 Leitplanung Stadtzentrum, Büro des Stadtarchitekten, 1984



<sup>87</sup> vgl. Kirsch, ZH., Kurzreferate, 1978

<sup>88</sup> vgl. Hüter, K.-H., 1983, S. 24 ff.



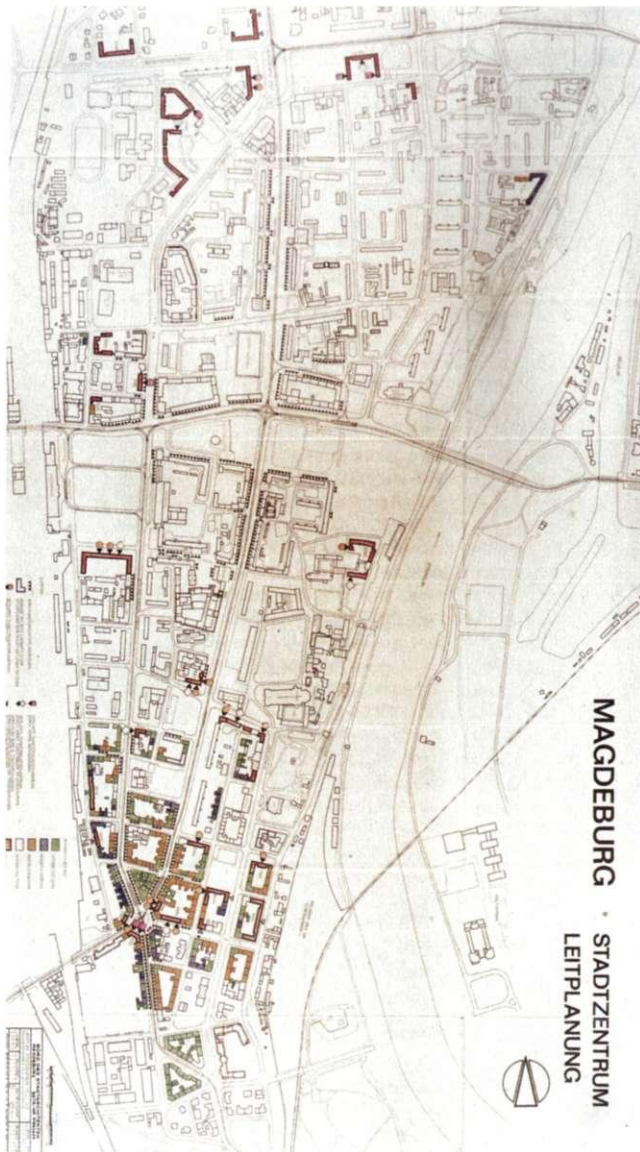


Abb. 113 Leitplanung Stadtzentrum, Maßnahmen des Wohnungsbaus, Büro des Stadtarchitekten, 1984

sich unter der Überschrift "Strukturelemente 2000"<sup>88</sup> mit Aspekten der Stadtgestaltung und dem öffentlichen Raumsystem beschäftigt und vor allem Schwerpunkte entlang der Ost-West-Achse herstellt. Ein 1983 geführtes Interview mit dem Oberbürgermeister, W. HERZIG, gibt Aufschluß darüber, in welcher Weise man in Magdeburg Stadtentwicklung verstehen will: *"Als unser wichtigstes Arbeitsmittel betrachten wir dazu die Generalbebauungsplanung. Ich sage ganz bewußt 'Generalbebauungsplanung' und nicht 'Generalbebauungsplan'. Natürlich erfordert jede Planung eine Fixierung von Zielen und eine disziplinierte Arbeit. Andererseits wäre uns in keiner Weise mit einem starren Dokument gedient.*

<sup>88</sup> vgl. Kirsch, H., 1978, S. 397 f.

<sup>89</sup> vgl. Stadtentwicklung und Stadtgestaltung, 1983, S. 582

<sup>91</sup> vgl. Konzeption Bauen und Wohnen, 1988, S. 12

*Generalbebauungsplanung verstehen wir als einen ständigen Prozeß, in dem auch schnell und mit neuen Ideen auf veränderte Situationen reagiert werden muß .... Wir stimmen daher völlig mit unseren Städtebauplanern überein, die Aufgaben der Generalbebauungsplanung so zu erweitern, daß den Wohnbezirksausschüssen der Nationalen Front der DDR klare und verständliche Zielstellungen für ihre eigene Arbeit zur Verbesserung der gesamten Wohnumwelt übergeben werden können."*<sup>90</sup>

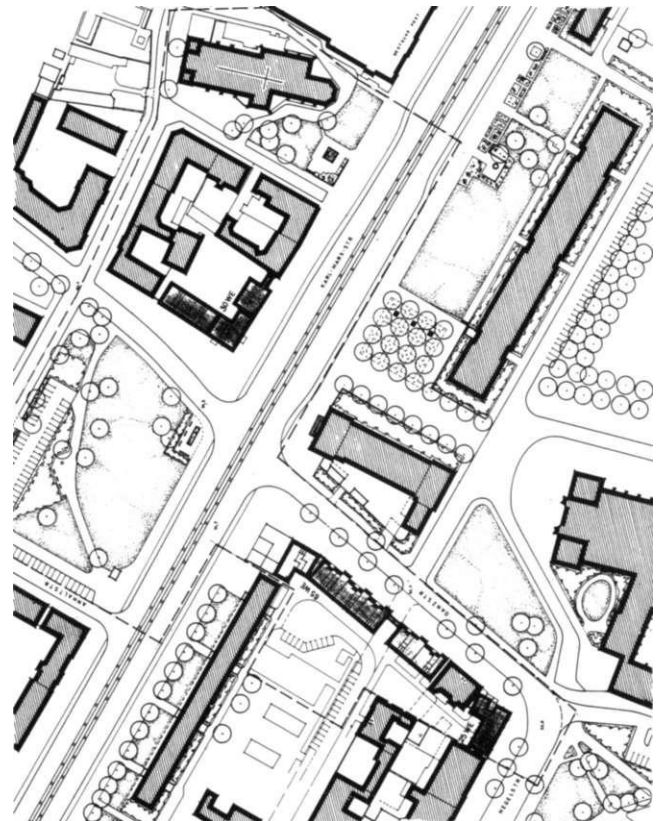


Abb. 114 Wohnungsbaustandort Danzstraße, nach 1985

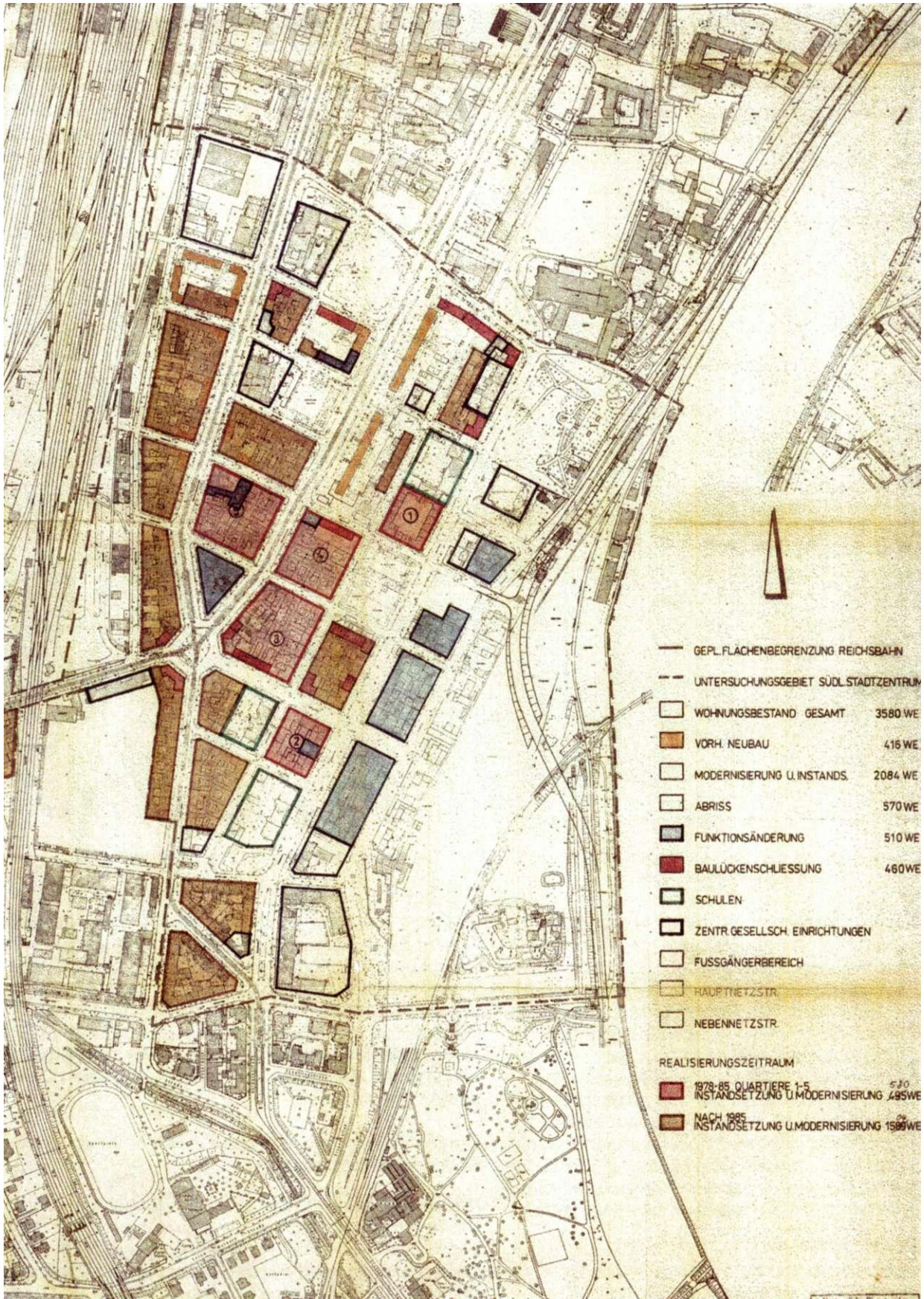
Bleibt zu erwähnen, daß im Jahre 1979 im Kloster Unser Lieben Frauen eine Ausstellung "Architektur in Magdeburg" eröffnet worden ist, wo aktuelle Modelle und Pläne zur Stadtentwicklung gezeigt werden (vgl. Abb. 82). Die Konzeption "Bauen und Wohnen" im Südlichen Stadtzentrum für das Jahr 1988 offenbart aber auch, daß die Hälfte aller Wohnbezirksausschüsse der Nationalen Front in den einzelnen Quartieren unbesetzt sind<sup>91</sup>.

### Umgestaltung und Komplexe Rekonstruktion im Südlichen Stadtzentrum

Nachdem Ende der 70er Jahre im Bereich der Leiterstraße mit der Umsetzung einer bereits mehrere Jahre abgeschlossenen Planung begonnen und 1978 sogar ein erneuter Entwurf für den östlichen Abschluß des Zentralen Platzes vorgelegt worden ist (vgl. Abb. 69),



Abb. 115 Konzept zur Umgestaltung des Südlichen Stadtzentrums, um 1980





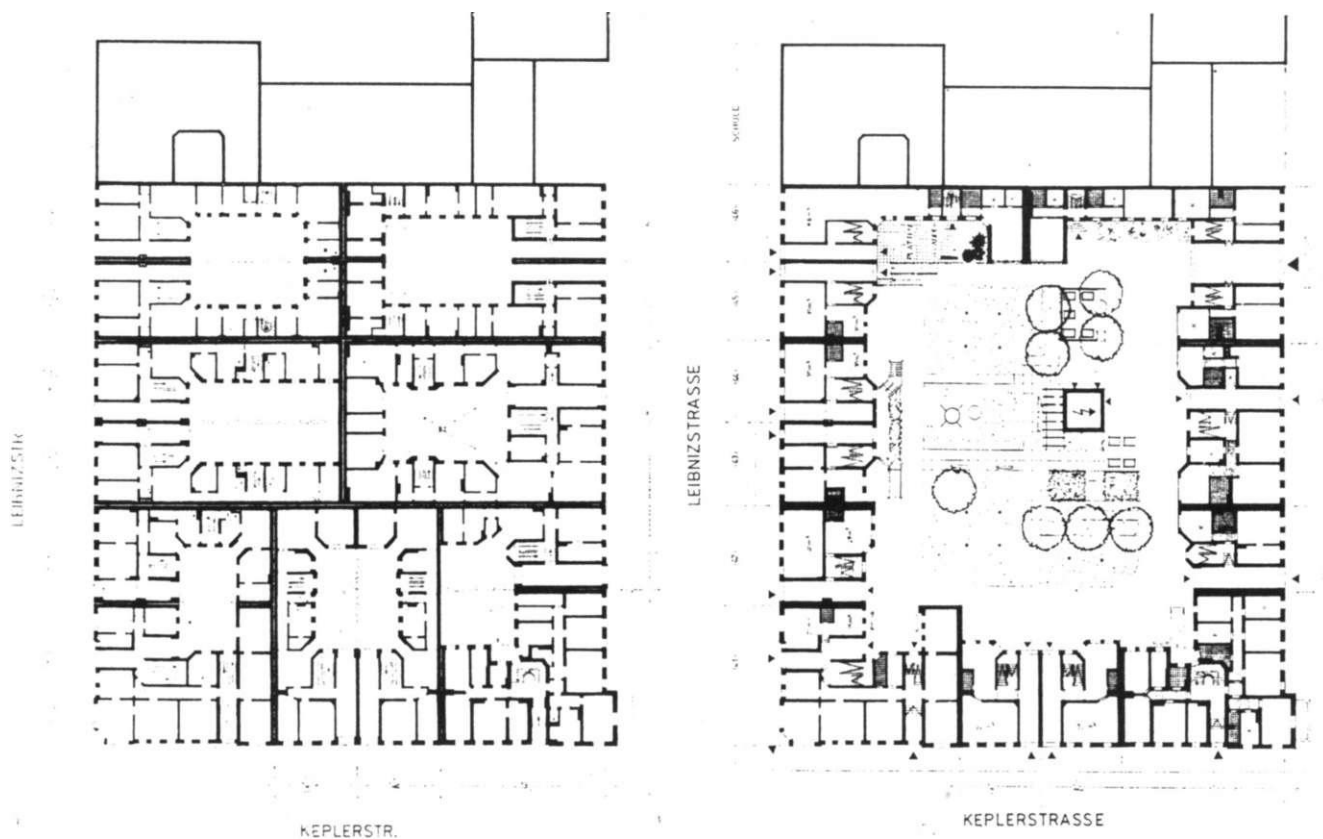


Abb. 116 Bestand und Planung für das erste Modernisierungsquartier, 1982

wird im Zuge der Überarbeitung des Generalbebauungsplanes auch für das Stadtzentrum wieder ein zusammenhängender Planungsansatz formuliert. Er gründet sich auf einen Beschluß des Sekretariats der Bezirksleitung der SED vom 25. April 1984, der die weitere Gestaltung des Zentrums mit der Umsetzung des Wohnungsbauprogrammes verknüpft. Auf dieser Grundlage wird zum 15. Dezember 1984 ein "Leitbild für die weitere städtebaulich-architektonische Gestaltung des Stadtzentrums von Magdeburg bis 1990" erarbeitet, das zugleich in einer Leitplanung festgehalten ist. Sie umfaßt neben dem in den 50er und 60er Jahren maßgebenden "Zentralen Bezirk" auch den gesamten Bereich der Walter-Rathenau-Straße im Norden und das sogenannte "Südliche Stadtzentrum" um den Hasselbachplatz bis zum Elbebahnhof, den Quartieren an der Seumestraße und den Bereich Anschlußstelle Sachsenring westlich der Bahnunterführung (vgl. Abb. 112). Neben verschiedenen Standorten für Wohnungsneubau in den Jahren 1985-90, die zugleich in einem gesonderten Plan mit Hinweisen auf die Gebäudeausführung und entsprechende Funktionsunterlagerungen festhalten sind (vgl. Abb. 113), umfaßt die Leitplanung 15 Teilgebiete, deren Reihenfolge offensichtlich auch einer Prioritätensetzung gleichkommt. An erster

Stelle steht der Zentrale Platz am Schnittpunkt der beiden großen Stadtachsen, dessen Gestaltung auf den Zeitraum nach 1990 datiert wird!<sup>92</sup> Daneben werden der Bahnhofsvorplatz und das Südliche Stadtzentrum benannt, für das eine fast durchgängige Rekonstruktion und Modernisierung der Bausubstanz vorgesehen wird. Auf der Grundlage der räumlichen Struktur des Zentrums werden für den geplanten Wohnungsneubau drei Kategorien festgelegt. An das Bauvorha-

Abb. 117 Innenhof im ersten Modernisierungsquartier, Situation 1997



<sup>92</sup> vgl. Büro des Stadtarchitekten: Leitbild, 1984, S. 3

ben in der Danzstraße/Karl-Marx-Straße (Breiter Weg) werden auf Grund der unmittelbaren Nachbarschaft des Domes "außergewöhnliche gestalterische Anforderungen gestellt" (vgl. Abb. 114). Gleiches soll für die Standorte an der Wallstraße in der Nähe zum Kloster sowie auf der Südseite des Bahnhofsvorplatzes gelten<sup>93</sup>. Eine gewisse Abstufung wird den Vorhaben an der Otto-von-Guericke-Straße und am Hasselbachplatz zugestanden und die Bebauung am Schroteplatz darf dann nur noch einen zurückhaltend-sparsamen Einsatz gestalterischer Mittel erfahren. Das weitere städtebauliche Programm formuliert für die denkmalgeschützten Ensembles allgemeine Instandsetzungsmaßnahmen an den Gebäuden und im Freiraum. Hierzu werden der Alte Markt, der Domplatz und das Kloster sowie das Elbufer im Bereich der Georgi-Dimitroff-Allee mit den Kirchenbauwerken (Nordabschnitt Schieinufer) genannt.

1978 wird mit einer umfassenden Analyse (vgl. Abb. 115) die erste Phase zur Leitplanung im Umgestaltungsgebiet des gründerzeitlich geprägten, Südlichen Stadtzentrums abgeschlossen. Bei einer Zählung im Jahre 1981 weist dieses Wohnquartier im Vergleich zu den 70er Jahren bereits einen Rückgang der Bewohnerschaft um 35 % auf, in den Blöcken direkt am Hasselbachplatz sogar um 51 %<sup>94</sup>. Neben der weitgehenden Erhaltung von kulturhistorisch wertvollen Gebäuden und Räumen, wie dem Hasselbachplatz oder dem sogen. "Plättbolzen" (das ist das dreiecksförmige Quartier auf der Nordseite des Platzes) wird vor allem die Entkernung der Wohnquartiere und ihrer physisch-moralisch verschlissenen Hinter- und Seitengebäude konzipiert<sup>95</sup>. Von den 3580 Wohnungen im gesamten Untersuchungsgebiet betrifft das etwa 570 Wohnungen. Noch im Jahre 1978 wird im Quartier I zwischen Hegelstraße und Liebigstraße mit der Modernisierung begonnen (vgl. Abb. 116). Dabei werden die Hinterhäuser beseitigt und die Trümmernmassen über einen extra hierfür geschaffenen Durchgang abtransportiert. Die Gebäude verbleiben auch nach erheblichen Eingriffen in die Grundrißstruktur und die Ergänzung mit Balkonen oder Loggien auf der Hofseite in privatem Besitz<sup>96</sup>. Die im Jahre 1980 präzierte Leitplanung verweist auf eine Einschränkung der durchschnittlichen Normative für die Modernisierung einer Wohnung auf 16,5 Tausend Mark<sup>97</sup>. Deshalb wird im Quartier III direkt am Hasselbachplatz eine wesentlich geringere Entkernung vorgenommen und eine Modernisierung unter Beibehaltung der Einzelofenheizung in den Wohnungen<sup>98</sup> durchgeführt (vgl. S. 46, Band 2). Zur Ergänzung der Trümmergrundstücke in diesem Quartier, aber auch im Bereich der Einsteinstraße und der Bahnhofstraße werden um 1988 mehrere Lücken mit einer für diesen Standort entwickelten Fassadenlösung der Magdeburger Wohnungsbauserie M 86 geschlossen (vgl. S. 180 f., Band 2). Nachdem die Rekonstruktions-

arbeiten zum Ende der 80er Jahre immer mehr stagnieren, fließen ab 1990 zahlreiche Städtebaufördermittel des Landes und Bundes in das ehemalige "Umgestaltungsgebiet" am Hasselbachplatz.

### Ein letzter Versuch in Stadtfeld

In Anknüpfung an den Generalbebauungsplan von 1982 und eine "Orientierung für den Wohnungsbau 1991-2000" wird im Büro des Stadtarchitekten im Jahre 1987 mit den Vorarbeiten zu einer Leitplanung<sup>99</sup> für das Wohnmischgebiet Stadtfeld begonnen. Damit rückt die planerische Aufmerksamkeit zu einer wichtigen Ost-West-Achse der Stadt auf das bisher in seiner Gesamtheit kaum betrachtete Stadtgebiet zwischen dem Experimentialwohnkomplex Olvenstedt und dem Zentralen Platz. Ausgangsgröße der Untersuchung sind 3500 Wohnungen im Ersatzneubau, wovon 2500 im Zeitraum 1991-95 zu realisieren sind. Deshalb wird für das Areal zwischen der Albert-Vater-Straße im Norden, dem Magdeburger Ring im Osten, der Karl-Liebkecht-Straße im Süden und dem Westring in Verlängerung bis zur Albert-Vater-Straße eine umfassende Erhebung des baulichen Bestandes und seiner Nutzungen vorgenommen. Demnach befinden sich in dem potentiellen Umgestaltungsgebiet insgesamt 12.500 Wohnungen aller Baualtersgruppen mit mehr als 30.000 Einwohnern. Eine Arbeitsgruppe der Bauakademie der DDR, Institut für Städtebau und Architektur, Bereich Industriegebiete aus Halle ermittelt 283 Betriebs- und Gewerbestätten, von denen 104 durch private Handwerksbetriebe genutzt werden<sup>100</sup>.

Da die Planungen für das Umgestaltungsgebiet Stadtfeld wiederum als Beispielvorbahn behandelt werden sollen, wird im Dezember 1987 eine gemeinsame Entwurfsklausur mit Vertretern des Institutes für Städtebau und Architektur der Bauakademie der DDR als "Bruno-Taut-Seminar" am Bauhaus Dessau durchgeführt, aus der zwei kontroverse Planungsideen für das Gebiet hervorgehen. Diese werden in einem weiteren Entwurfsseminar mit Vertretern verschiedener Wohnungsbaukombinate der DDR durch Vorschläge zur "Erzeugnisentwicklung" der Wohnungsbauserie 70 ergänzt, die am Beispiel von Standorten in Stadtfeld diskutiert und dargestellt werden. In einer Leitgruppe "Stadtfeld" beim Bezirksbaudirektor Magdeburg wird Anfang 1988 ein erstes Konzept zu Bauphasen und Baufeldern vorgelegt, das in einer sogenannten

<sup>96</sup> vgl. Körner, H., 1982, S. 57

<sup>97</sup> vgl. Büro des Stadtarchitekten: Städtebauliche Leitplanung, 1980, Punkt 1.1

<sup>98</sup> vgl. Körner, H., 1984, S. 416

<sup>99</sup> vgl. im folgenden eine Akte zur Leitplanung Stadtfeld im Büro des Stadtarchitekten Magdeburg, die inzwischen zum Altregistraturgut des Stadtplanungsamtes Magdeburg gehört

<sup>100</sup> vgl. Bauakademie der DDR, Leitplanung Stadtfeld, 1988, S. 3

<sup>93</sup> ebenda, S. 4

<sup>94</sup> vgl. Körner, H., 1984, S. 415

<sup>95</sup> vgl. Büro des Stadtarchitekten: Städtebauliche Leitplanung, 1978



Abb. 118 Plan der "Aussonderung" zur Leitplanung Magdeburg-Stadtfeld, Büro des Stadtarchitekten, 1988



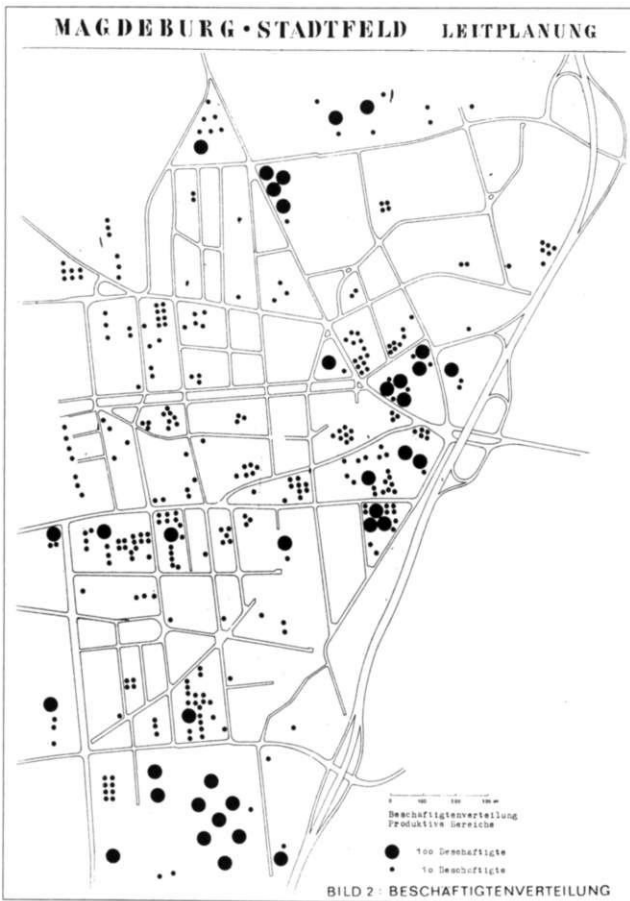


Abb. 119 Material zur Leitplanung Stadtfeld - Standortsituation der Arbeits- und Gewerbestätten, 1988

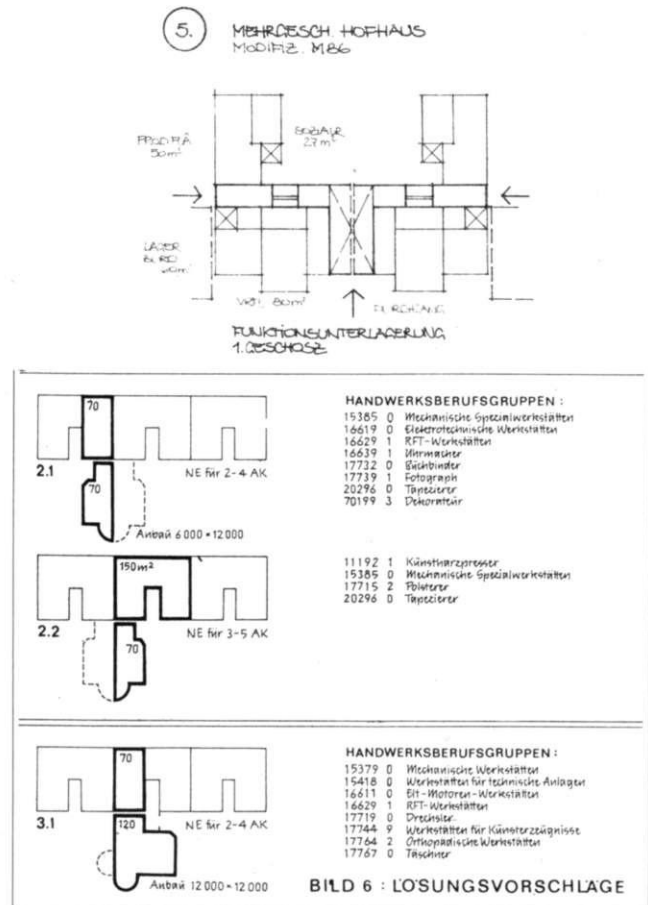


Abb. 120 Material zur Leitplanung Stadtfeld - Konzept für den Wohnungsbau mit integrierten Gewerbebausteinen, 1988

"Neubauachse zwischen Olvenstedter Platz und Hermann-Gieseler-Halle 3400 Wohnungen zur Aussonderung vorsieht, für die 2700 Wohnungen im Ersatzneubau geschaffen werden sollen. Zwei weitere Bauphasen mit noch einmal 1400 auszusondernden Wohnungen, denen 2100 Neubauwohnungen entgegenstehen, werden in Teilgebieten westlich der "Neubauachse" sowie entlang der Olvenstedter Straße und der Großen Diesdorfer Straße vorgeschlagen. Einem solchen Ansatz entspricht in etwa der Mitte 1988 vorgelegte "Plan der Aussonderungen" für Stadtfeld (vgl. Abb. 118).

Das Konzept wird am 23. März 1988 in einem Gespräch zwischen dem Ersten Sekretär der Bezirksleitung Magdeburg der SED, dem Vorsitzenden des Rates des Bezirkes Magdeburg und dem Präsidenten der Bauakademie der DDR bestätigt und insoweit präzisiert, als daß 3850 Wohnungen zur Aussonderung festgelegt werden. Das schließt alle vor 1900 errichteten Gebäude und 50 % der Gebäude im Baualter 1900-1918 ein. Damit verbindet sich einerseits die Forderung nach einer Erneuerung der Abbruchtechnologien; gleichzeitig wird ein deutlicher Qualitätszuwachs für

den Neubau angemahnt. Entsprechend dieser Festlegung erarbeitet das Büro des Stadtarchitekten bis Ende 1988 eine Leitplanung und legt auf dieser Grundlage zum 30. Oktober 1988 eine Aufgabenstellung für die Struktur des Wohnungsbaus im potentiellen Baugebiet mit entsprechenden Vorschlägen für Gebäudetypen vor, die an die Diskussionen in den erwähnten Entwurfsseminaren anknüpfen. Mit der Begründung für differenzierte und zunehmend auch anspruchsvolle Wohnbedürfnisse werden z.B. Apartmenthäuser mit Hotelcharakter, eine Lärmschutzdecke, ein spezielles Passagenhaus für die "Neubauachse" (die analog zur Planungsidee für Olvenstedt als Fußgängerzone ausgebildet werden soll) und ein mehrgeschossiges Hofhaus mit Seitenflügeln konzipiert. Dieses Material wird durch Vorschläge zu "Gewerbebausteinen" im Sinne von Funktionsunterlagerungen oder Anbauten an die Wohnungsbauserie M 86 ergänzt, die sich aus der Analyse für zu verlagernde bzw. zu ersetzende Gewerbestätten zwischen 300 und 800 qm Bruttogeschoßfläche ableiten würden (vgl. Abb. 120).



Abb. 121 Leitplanung Stadtfeld - Problemflächen hinsichtlich einer Inanspruchnahme, Arbeitsstand Juli 1989



Für ein weiteres Spitzengespräch zwischen dem 1. Sekretär der Bezirksleitung Magdeburg der SED, dem Vorsitzenden des Rates des Bezirkes Magdeburg und dem Präsidenten der Bauakademie der DDR am 31. März 1989 legt die Stadt Magdeburg erneut ein Konzept zur Leitplanung für das Umgestaltungsgebiet Stadtfeld vor, in dem nunmehr 3500 auszusondernde Wohnungen etwa 4000 Neubauwohnungen und 2454 zu modernisierenden Wohnungen gegenüberstehen. Für eine Abbruchrate über 1800 Wohnungen im Zeitraum 1989-95 hat der Rat des Bezirkes am 8. März 1989 bereits einen Beschluß gefaßt und der Neubau von 542 Wohnungen ab 1993 ist in den "Hauptfristenplan" der bezirklichen Plankommission vom 2. November 1988 aufgenommen worden.

Am 30. Juni 1989 wird ein Arbeitsplan zur Leitplanung Stadtfeld für das 2. Halbjahr 1989 aufgestellt, in der neben "Variante 1" vom Büro des Stadtarchitekten Magdeburg mit den genannten Größenordnungen für den Abbruch und Wohnungsneubau eine 2. Variante des Institutes für Städtebau und Architektur der Bauakademie der DDR erwähnt ist. Sie basiert auf einer Planungsstrategie der "behutsamen Stadterneuerung" und enthält keine Größenordnung für die "Aussonderung". Für die "Vergleichbarkeit" der beiden Varianten soll eine neue "Leistungs-nomenklatur" erstellt werden.

Dazu kommt es nicht mehr. Eine am 30. Juli 1989 erstellte Problemkarte mit den Eintragungen über die Eigentumsverhältnisse in Stadtfeld (vgl. Abb. 121) deutet die unlösbaren Probleme der Umsetzung bereits an. Die Bitte des Oberbürgermeisters von Magdeburg in einem Schreiben an den Vorsitzenden des Rates des Bezirkes Magdeburg vom 15. August um Übertragung der Möglichkeit zur Festlegung von "Bauvorbehaltsgebieten und dafür geltenden Geboten, Verboten und Nutzungsbedingungen" gemäß § 7, Absatz 2 des Baulandgesetzes der DDR vom 25. Juni 1984 vom Bezirkstag an die Stadtverordnetenversammlung von Magdeburg wird am 15. September 1989 zurückgewiesen.

Es geschieht mit der Begründung, daß "eine generelle Übertragung solcher Befugnisse zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht erforderlich" sei, da "Bauvorbehaltsgebiete prinzipiell grundstücksscharfe Aussagen erfordern und auf verbindlichen und beständigen Planungsdokumenten festgelegt werden müssen". Diese liegen keineswegs vor, wenn am 7. November 1989 die Regierung der DDR zurücktritt und einen Tag später der Oberbürgermeister von Magdeburg und die Stadtverordnetenversammlung Gleiches tun.



Abb. 122 Magdeburg-Stadtfeld, Situation 1994





#### 4. Chronologie der Ereignisse

Eine Zeitleiste, in der wichtige Beschlüsse, Gesetzesgrundlagen, Ereignisse und Bauetappen festgehalten sind, kann die Parallelität der Städtebaupolitik in der Sowjetischen Besatzungszone und späteren DDR sowie ihre konkrete Umsetzung in der Stadt Magdeburg verdeutlichen. Zugleich kommt die Phasenverschiebung zwischen der Programmatik und der Realisierung zum Ausdruck. So stehen sich Planung und Plan, gesellschaftliche Wirklichkeit und gebaute Resultate gegenüber.

Die Gliederung der einzelnen Phasen zur Stadtentwicklung orientiert sich im Interesse einer Versachlichung auf die vier Jahrzehnte der Nachkriegs- und DDR-Epoche. Damit wird der Versuch unternommen, die bisher nur bruchstückhaft oder ausschnittsweise betrachteten Fragestellungen historisch einzuordnen:

- In welcher Weise verbanden sich die allgemeinen politischen und wirtschaftlichen Entwicklungsphasen der DDR mit den staatlichen und kommunalpolitischen Strategien für die Stadt Magdeburg?

- Wie spiegelten sich die verschiedenen Perioden und Zielrichtungen gesamtstädtischer Planung und Entwicklung in konkreten städtebaulichen Leitbildern und realisierten Wohnungsbaustandorten wider?

- Wie veränderten sich über einen langen Zeitraum die einzelnen Ebenen der Stadtplanung und Bauindustrie auch in bezug auf biographische Momente der beteiligten Kommunalpolitiker, Planer und Architekten?

Die Beziehungen zwischen internationalen, staatlichen, regionalen und kommunalen Ereignissen können nur an den Schnittstellen und entsprechend dem erreichten Kenntnis- und Erkenntnisstand hergestellt werden.

Die Bezeichnungen der einzelnen Phasen der Wohnungs- und Baupolitik der DDR in bezug auf die Stadtentwicklung und den Wohnungsbau in Magdeburg sind Arbeitsüberschriften und Diskussionsangebote. Sie geben einen erreichten Grad an Einsicht in die tatsächlich stattgefundenen Prozesse und Ereignisse wieder. Sie greifen zeitgenössische Begriffe, aber auch aktuelle Reflexionen ganz unterschiedlicher Akteure der Stadtentwicklung auf.

#### Chronologie der Ereignisse 1945-1989/90

Jahr	WOHNUNGS- UND BAUPOLITIK DER DDR	Repräsentant der DDR	STADTENTWICKLUNG UND WOHNUNGSBAU IN MAGDEBURG	Oberbürgermeister der Stadt Magdeburg
	1945-1950 Orientierungsphase		1945-1953 Enttrümmerung und Stadtreparatur	
1945	Mai 1945 Der Zerstörungsgrad ostdeutscher Städte umfaßt 40% des Wohnraumes, 30% der Industrieanlagen und 20% der Infrastruktur	Sowjetische Besatzungszone (SBZ)	16.1. Letzter schwerer Luftangriff der Alliierten, bei der 60% der Stadt und die Innenstadt fast vollständig zerstört werden  Vorlage eines <i>Schrumpfungsplanes</i> für Magdeburg von H.Hoffmann  29.12. Verordnung des Landes Sachsen-Anhalt über den Wiederaufbau in kriegszerstörten Gemeinden	1933-45 Dr. Fritz Markmann
1946	8.3. Erlaß eines Wohnungsgesetzes in der SBZ (Sowjetische Besatzungszone)		Erster offener Ideenwettbewerb zum Wiederaufbau der Altstadt  Bildung einer Arbeitsgemeinschaft kriegszerstörter Städte (Magdeburg, Dessau, Halberstadt, Zerbst, Merseburg, Eilenburg)	1946-50 Rudolf Eberhardt

1947	9.9. SMAD-Befehl zur Bodenreform		1947 Erlaß über ein Bausperrgebiet in der Innenstadt  Ausstellung "Magdeburg lebt"	
1948	30.6. Zweijahrplan der SED 1949/50  Juni Währungsreformen in den Besatzungszonen		Erster vom Magistrat bestätigter <i>Bebauungsplan für die zerstörte Altstadt</i>	
1949	7.10. Gründung der DDR und Bildung einer provisorischen Regierung	Wilhelm Pieck wird Staatspräsident	Hilfsaktion "Wir bauen auf!"  Offener städtebaulicher Wettbewerb für den zentralen Bereich zwischen Bahnhof und Elbe	
<b>1950-1955 Stalinisierungsphase</b>				
1950	20.1. Gesetz über den Volkswirtschaftsplan  6.9. Aufbaugesetz der DDR  15.9. <b>"16 Grundsätze des Städtebaus"</b>		Magdeburg wird Aufbaustadt der ersten Kategorie  Einberufung einer "Ständigen Planungskommission" der Landesregierung von Sachsen-Anhalt  Beschluß über einen veränderten Aufbauplan des Stadtzentrums  Forderung nach einem Aufmarschplatz im Zentrum der Stadt (während eines Besuches von Walter Ulbricht)	1950-61 Philipp Daub
1951	Erster Fünfjahrplan 1951-1955  8.12. Gründung der Deutschen Bauakademie nach sowjetischem Vorbild; Präsident: K. Liebknecht		Erneute Änderung des Bebauungsplanes für den zentralen Bezirk nach Maßgaben des Ministeriums für Aufbau  Bebauung am "Engpaß" des Breiten Weges	
1952	23.7. Neugliederung der Länder in 14 Bezirke  Gründung des Bundes Deutscher Architekten (DDR); 1. Vors. H. Hopp  III. Plenartagung der Deutschen Bauakademie zu Problemen der Aufbaustädte		Magdeburg wird Bezirksstadt  Bestätigung der Planung für den Aufbau des Stadtzentrum und Verbot der weiteren Bebauung am Breiten Weg zugunsten des Zentralen Platzes  Wettbewerb zur Gestaltung des Zentralen Platzes  Beschluß zu einem <i>Flächennutzungsplan</i> für die Stadt Magdeburg	
<b>1953-1957 Nationales Aufbauwerk im Stadtzentrum</b>				
1953	Tod Stalins  17.6. Putschversuch		Genehmigung des Nationalen Aufbauprogramms für den Zentralem Platz und die Wilhelm-Pieck-Allee durch die Deutsche Bauakademie; Grundsteinlegung und Baubeginn für die hierfür festgelegten Bereiche  Bildung des Büros des Chefarchitekten	
1954	IV. Parteitag der SED mit Kritik an der zögernden Einführung industrieller Baumethoden	Walter Ulbricht wird Erster Sekretär der SED	Wettbewerb zur architektonischen Gestaltung des Zentralen Platzes mit Dominante durch das Ministerium für Aufbau (Betreuung durch E. Collein)	



1955-1970 Industrialisierungs- und Städtebauphase			
1955	3.-6.4. <b>Erste Baukonferenz der DDR "Schneller, besser und billiger bauen"</b> in Anlehnung an die Rede von Chruschtschow auf der Allunionsbaukonferenz 1954 in Moskau	Beginn der Beseitigung von Kriegsschäden am Dom	
1956	Institut für Typung der Deutschen Bauakademie gibt einen vorläufigen Katalog für Wohnblockbauelemente heraus  Städtebauliche Konzeption für Hoyerswerda  Offener Wettbewerb für das Wohngebiet Fennpfuhl in Berlin	Erster Versuchsblock mit vorgefertigten Elementen in der Morgenstraße  90% der Trümmer sind beseitigt; die Jakobstraße und Hohepfortenstraße sind vollständig beräumt  Die neue Ost-West-Straße erhält den Namen Wilhelm-Pieck-Allee	
1957	Neuregelung der Staatlichen Bauaufsicht und Erlaß einer neuen Deutschen Bauordnung	Richtfest und Übergabe an der Südseite der Wilhelm-Pieck-Allee	
1958-1963 Die sozialistischen Wohnkomplexe			
1958	11.2. Umwandlung des Ministeriums für Aufbau in ein Ministerium für Bauwesen  24.-26.2. 2. Baukonferenz der DDR mit Forderungen nach 100.000 neuen Wohnungen  10.-16.7. V. Parteitag der SED: erneuter Beschluß über die Zentrenentwicklung bis 1965 in den Aufbaustädten	Baubeginn im 1. sozialistischen Wohnkomplex von Magdeburg am Nordpark  Erste Projektierung von industriell gefertigten Blöcken mit traditionellen Fassadenelementen im Bereich der Moldenstraße (Alte Neustadt)	
1959	24.4. Erste Bitterfelder Konferenz  6./7.5. 3. Baukonferenz der DDR zu den Aufgaben im großen Siebenjahrplan mit Beschluß zu einem umfassenden Wohnungsbauprogramm  30.12. Gründung des VEB Typenprojektierung in Berlin	Beschluß der SED-Stadtleitung über den weiteren Aufbau am Zentralen Platz und massive Kritik durch E. Collein an den Entwürfen  Wettbewerb des Bauministeriums der DDR zur weiteren Gestaltung der Magdeburger Innenstadt	
1960	Veröffentlichung von " <b>Grundsätzen der Planung und Gestaltung sozialistischer Stadtzentren</b> " durch die Deutsche Bauakademie  Erste theoretische Konferenz der Deutschen Bauakademie zu Problemen von Städtebau und Architektur	Genehmigung eines komplett neuen Bebauungsplanes für des Stadtzentrum durch das Bauministerium in Berlin  Bildung eines ersten Baukombinates mit Vorfertigungskapazitäten  Baubeginn im 2. sozialistischen Wohnkomplex an der Jakobstraße ca. 2600 WE	
1961	4.5. Ministerratsbeschluß zu "Grundsätzen zur Planung und Durchführung des Aufbaus der Stadtzentren" in 11 Städten, u.a. Magdeburg  Dezember Berufung von G. Kosel zum Präsidenten der Deutschen Bauakademie	Bebauungsplan für den Zentralen Platz erneut verworfen Beginn der Erschließung im Wohnkomplex Spielhagenstraße	1961-65 Dr. Friedrich Sonnemann

1962	Versuchsbau P2 im Wohngebiet Fennpfuhl, Berlin und Ausstellung "Neues Leben-Neues Wohnen"	Beschluß der Stadtverordnetenversammlung zur "Generellen Stadtplanung" Wettbewerb Nordabschluß Innenstadt	
1963	15.-21.1. VI. Parteitag der SED zum Neuen ökonomischen System der Planung und Leitung  Plenartagungen der Deutschen Bauakademie zu ideologischen Fragen von Städtebau und Architektur	Baubeginn im Nordabschnitt der Karl-Marx-Str. (Breiter Weg)  Wohnhochhaus Erzbergerstraße  Kritik auf der 9. Plenartagung der Bauakademie an der Silhouettenbildung im Stadtzentrum	
		<b>1964-1970</b> <b>Zweite Aufbauphase im Stadtzentrum</b>	
1964	11.8. Beschluß des Ministerrates zur Einführung der maschinellen Datenverarbeitung in der DDR		
1965	17.12. Auflösung des Volkswirtschaftsrates und Bildung von 7 Industrieministerien  Herausgabe von " <b>Grundsätzen der Planung und Gestaltung der Städte in der DDR in der Periode des umfassenden Aufbaus des Sozialismus</b> " durch die Deutsche Bauakademie	Fertigstellung der "Neuen Strombrücke"  Bebauung Südabschnitt Karl-Marx-Straße (Breiter Weg)	1965-89 Werner Herzig
1966	1.12. Direktive zur Ausarbeitung von Generalbebauungs- und Generalverkehrsplänen  Ministerium für Bauwesen wird mit der Perspektivplanung beauftragt	Wissenschaftliche Studie zur Umgestaltung des Industrie-Mischgebietes Buckau  Wiederaufbau Stadthalle im Rothehornpark  Appartementhaus an der Westseite des Domplatzes	
1967	VII. Parteitag der SED betont die Bedeutung des Städtebaus für die Entwicklung der sozialistischen Lebensweise und fordert in jeder Stadt ein repräsentatives Gebäude im Zentrum	Erster Entwurf zum <i>Generalbebauungsplan</i>  Wettbewerb zur Elbufergestaltung  Vierschichtbetrieb im VEB Asbestzementwerk "Otto Grotewohl"  Erneute Diskussion um ein "Volkshaus"  Bildung des Hauptinvestors der Stadt Magdeburg	
		<b>1968-1989</b> <b>Errichtung der großen Neubaugebiete</b>	
1968	Industrieprojektierungsbetriebe werden Bau- und Montagekombinaten angegliedert  Neue Verfassung der DDR  Beginn einer Konzeption für das "Wohnungsbausystem 70" an der Bauakademie	Komplexstudie zum Indusriemischgebiet Südost  Baubeginn Wohngebiet Schilfbreite ca. 2500 WE  Fertigstellung Wohngebiet Fermersleber Weg ca. 1100 WE	
1969	5. Baukonferenz der DDR	<i>Neuer Bebauungsplan für das Stadtzentrum</i>  Grundsteinlegung "Centrum Warenhaus"  30.4. Abschluß einer Konzeption zur Stadtentwicklung im Rahmen des Generalbebauungsplanes  Errichtung eines neuen Plattenwerkes in Rothensee	



14.5.	Beschluß der Volkskammer über ein Gesetz zur planmäßigen Gestaltung der Landeskultur		Eröffnung des Hauses der Lehrer im Nordabschnitt der Karl-Marx-Straße
1970			
<b>1971-1980 Erweiterungsphase</b>			
1971	15.-19.6. VIII. Parteitag der SED beschließt die "Hauptaufgabe" für die Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft  Erste Maßnahmen zur Sicherung des Wohnungsbauprogramms 1971-75 mit einem Beschluß des Ministerrates über die Förderung des Baus von Eigenheimen  Richtlinie zur Weiterentwicklung der Hauptauftragnehmerschaft im Bauwesen	<b>Erich Honnecker wird Generalsekretär des ZK der SED</b>	Baubeginn im Wohngebiet Reform ca. 5000 WE  Konzeption für das Industriegebiet Rothensee  Prognose zum Untersuchungsgebiet Buckau-Insel
1972	6./7.7. 6. Tagung des ZK der SED zu Fragen der Kulturpolitik: "Weite und Vielfalt des sozialistischen Realismus"  2. Durchführungsbestimmung zum Aufbaugesetz  Umwandlung halbstaatlicher und privater Betriebe in VEB		Der "Blaue Bock" an der Wilhelm-Pieck-Allee entsteht  Baubeginn Wohngebiet Kroatienweg ca. 2000 WE
1973	Tod W. Ulbricht  2.10. 10. Tagung des ZK der SED beschließt das das <b>"Wohnungsbauprogramm"</b> (bis 1990 sollen 2,8-3 Mio Wohnungen gebaut bzw. modernisiert werden)  Erstanwendung der WBS 70 im WBK Neubrandenburg		Grundsteinlegung für das Neubauwohngebiet "Neustädter See" ca. 11000 WE  Eröffnung Centrum-Warenhaus
1974	1.1. Ministerium für Bauwesen ordnet neue Normative für den Zeitaufwand im industriellen Wohnungsbau an  22./23.11. 31. Plenartagung der Bauakademie in Magdeburg zu Aufgaben des Städtebaus bei der Erfüllung des Wohnungsbauprogramms		Experimentalstudie zur Umgestaltung des "Funktionsgebietes Neue Neustadt"  Fertigstellung der Elbuferpromenade  Fertigstellung Hochhaus Jakobstraße Süd in Gleitbauweise
<b>1975-1989/90 Planung und Realisierung von Umgestaltungsgebieten</b>			
1975	19.6. Erlaß eines neuen Denkmalpflegegesetzes  2.12. <b>Richtlinien zur Planung und Gestaltung von Neubaugebieten</b>  Beginn der Begutachtung von Planungen für Neubaugebiete durch die Bauakademie der DDR		Inbetriebnahme eines neuen Plattenwerkes für 16geschossige Wohngebäude  Abbruch historischer Gebäude an der Leiterstraße  Fertigstellung des Magdeburger Ringes
1976	12.2. Ministerrat beschließt Maßnahmen zur Förderung von Reparatur-, Dienst- und Versorgungsleistungen für die Bevölkerung		Erste Konzeption für den Bereich Hasselbachplatz mit weitgehenden Abrißvorschlägen  Fertigstellung Wohngebiet Reform  45.000. Wohnung seit dem Wiederaufbau am Kroatienweg übergeben <i>Standortplan des komplexen Wohnungsbaus</i>
1977	Bereits 26 Fußgängerzonen in Mittel- und Großstädten der DDR		Grundsteinlegung für die neue Leiterstraße Baubeginn im Wohngebiet Neustädter Feld ca. 5000 WE

1978	1 Mio Wohnungen seit dem VIII. Parteitag 25.8. Gesetz zum Umgang mit Denkmälern mit Geschichtscharakter und Einführung des Umgebungsschutzes		1. Fassung der Leitplanung für den Experimentalwohnkomplex Olvenstedt	
1979	13./14.12. <b>11. Tagung des ZK der SED zum Flächenabrüßverbot in Altbaugebieten</b>  Verfügung des Bauministeriums zur Gründung von Baukombinaten  Beginn der Sublimierung des Heizöls durch einheimische Brennstoffe auf Braunkohlebasis		Festlegung des Bezirksbaudirektors zur Rationalisierung der WBS 70  Fachwissenschaftlicher Wettbewerb zur Erschließung des Umgestaltungsgebietes Neue Neustadt  Neugestaltung des Domplatzes  Eröffnung der Ausstellung "Architektur der Stadt Magdeburg" in der Vorhalle der Johanniskirche	
<b>1980-1989/90 Krisenphase</b>				
1980	Anordnungen des Bauministeriums über die Anwendung von Bauzeitnormativen im komplexen Wohnungsbau und zur Wirksamkeit der Standardisierung im Bauwesen		Verankerung des Umgestaltungsgebietes Neue Neustadt im Generalbebauungsplan	
1981	11.-16.4. X. Parteitag der SED zur Steigerung der Baureparaturleistungen, zur Verkürzung der Bauzeiten und zur Senkung des Bauaufwandes  Wettbewerb zu Funktionsmusterbauten einer für die Innenstadt modifizierten Wohnungsbauerserie in allen Bezirken		Grundsteinlegung für Experimentalwohnkomplex Olvenstedt, ca. 14000 WE  Einführung der 6geschossigen Bauweise zur Erhöhung der Einwohnerdichte und Senkung der Baukosten  Fertigstellung des Wohngebietes Neustädter See/Kannenstieg	
1982	VIII. Kongreß des BDA (DDR) mit einem Entwurf zu <b>Grundsätzen für die sozialistische Entwicklung von Architektur und Städtebau in der DDR</b>		Gründung des Baureparaturenkombinates Fertigstellung des Wohngebietes Neustädter Feld  Beginn der Rekonstruktion im südlichen Stadtzentrum	
1983	Wirtschaftskrise der DDR und erster Milliardenkredit mit einer Bürgschaft der Bundesregierung		Beginn der Rekonstruktion eines Mischgebietes im Stadtbezirk Nord	
1984	25.6. Bauland- und Entschädigungsgesetz		Weiterführung der Generalbebauungsplanung nach Maßgaben der 46. Plenartagung der Bauakademie der DDR  Leitbild für die weitere städtebaulich-architektonische Gestaltung des Stadtzentrums  Bildung des Hauptauftraggebers Komplexer Wohnungsbau der Stadt  Aufruf des Baureparaturenkombinates "Dächer dicht"	
1985	8. Baukonferenz des ZK der SED Einführung der 1,1-t-Ratiobauweise			
1986	Erlaß einer neuen <b>Komplexrichtlinie für die städtebauliche Planung und Gestaltung von Wohngebieten 1986-90</b>		Durchführung eines kommunalen Praktikums der HAB Weimar in Magdeburg zu Stadtentwicklung und Wohnumfeld	
1987	Bauausstellung der DDR in Berlin		Plan der "Aussonderungen" und Diskussion um ein Umgestaltungsgebiet in Stadtfeld  Anwendung der M 86 im 5. Bauabschnitt von Neu-Olvenstedt	
1988	3 Mio. Wohnung in Berlin übergeben		Beginn der Leitplanung für Stadtfeld	
1989	9.10. Absetzung der für den 16.10. vorgesehenen 47. Plenartagung der Bauakademie und Beginn der öffentlichen Proteste zur Stadtentwicklungspolitik in der DDR  7.11. Rücktritt der DDR-Regierung, Politische Wende und Beitritt zur Bundesrepublik Deutschland		Beginn der "Gebete für die gesellschaftliche Erneuerung" im Magdeburger Dom  8. 11. Rücktritt des Oberbürgermeisters Werner Herzig	amt. Dr. Nothe
<b>Politische Wende und Beitritt zur Bundesrepublik Deutschland</b>				
1990	18. 3. Erste freie Wahl zur Volkskammer der DDR  Kommunalwahlen Landtagswahlen		Werkstattwoche zur Zukunft des Magdeburger Stadtzentrums  Beginn einer neuen Etappe der Stadtplanung	seit 1990 Dr. Willi Polte



## 5. Kommentierte Textdokumente

Die Kommentare beziehen sich auf die Hintergründe, Hauptaussagen und wesentlichen Wirkungen der ausgewählten Texte. Dabei finden politische Beschlüsse in der DDR, die nachweislichen Wirkungen im Magdeburger Planungs- und Baugeschehen, aber auch Ereignisse und Bauvorhaben in der Stadt Magdeburg selbst Berücksichtigung. Sie sind in der Chronologie (vgl. Kap. 4) zusammengefaßt und teilweise in den einzelnen Abschnitten des Kapitels 3 bereits erwähnt. Schließlich sei auf den Sprachduktus, die Wortwahl und die Form der Publikationen verwiesen. Sie geben Auskunft über den Charakter und die Intentionen der Verlautbarungen und Texte. Sie können den politischen und kulturellen Kontext in den jeweiligen Zeiträumen ihrer Entstehung erklären. Sie sollen für sich selbst sprechen und den mentalen Zugang zum Prozeß der Stadtentwicklung von Magdeburg zwischen 1945 und 1990 ermöglichen.

### Dokumente 1

#### Ein Jahr Aufbauarbeit in Magdeburg

Rechenschaftsbericht der Stadtverwaltung über die im ersten Jahr nach dem Hitlerkrieg geleistete Arbeit

(Quelle: *Altregistraturgut der Stadt Magdeburg*)

Bis zum Sommer 1946 gibt es in den Gemeinden, Kreisen, Regierungsbezirken und Ländern der sowjetischen Besatzungszone keine gewählten parlamentarischen Vertretungen. Die Bürgermeister, Landräte, Präsidenten der Bezirke und Provinzen sowie ihre Vertreter und engsten Mitarbeiter werden von den Besatzungsbehörden eingesetzt und sind nur ihnen rechenschaftspflichtig. Im Juli 1946 ordnet die Provinzialregierung Sachsen erstmals die Bildung „Beratender Versammlungen“ bei allen Selbstverwaltungen an.

In der Stadt Magdeburg wird diese Beratende Versammlung am 16. Juli 1946 gegründet und setzt sich - entsprechend der Verordnung - aus je sechs Vertretern der drei Blockparteien (SED - Sozialistische Einheitspartei Deutschlands, LDPD - Liberaldemokratische Partei Deutschlands, CDU - Christlich Demokratische Union) und des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes (FDGB), zwei Vertretern der Gegenseitigen Bauernhilfe, je einem Vertreter der Freien Deutschen Jugend (FDJ) und des antifaschistischen Frauenausschusses sowie zwei weiteren Vertretern des wissenschaftlichen und kulturellen Lebens zusammen. Diese Versammlung tagt am 27. Juli 1946 in einer ersten Sitzung, um von Oberbürgermeister Eberhardt den Rechenschaftsbericht der Stadtverwaltung über das erste Jahr Aufbauarbeit nach Kriegsende entgegenzunehmen.

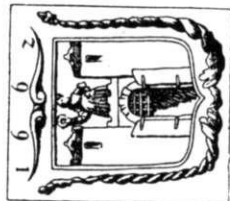
Dabei fließen auch die Ergebnisse des Anfang 1946 unter Leitung des Stadtbaurates Gerhard Gauger gebildeten Neuaufbauamtes ein. Zur Tätigkeit dieses mit übernommenen Verwaltungsmitarbeitern besetzten Amtes hat auch die Vorbereitung und Durchführung des ersten städtebaulichen Wettbewerbes für die Magdeburger Altstadt gehört, dessen Resultate Anfang Mai 1946 vorliegen und im Rechenschaftsbericht mit dem Verweis auf die dort vorgeschlagene Gestaltung „unserer neuen aufgelockerten Stadt“ Erwähnung finden.

Neben zahlreichen Berichten über die geleistete Reparaturarbeit findet sich in diesem programmatischen Text auch der formulierte Anspruch zur Schaffung eines neuen Magdeburgs, für das zu Beginn des Jahres 1946 nur die Vorarbeiten im Sinne einer „Baustelleneinrichtung“ geleistet werden können.

Offenbar ist es einer Initiative der Stadt Magdeburg zu verdanken, daß in der Provinz Sachsen eine „Arbeitsgemeinschaft ausgebombter Städte“ gebildet wird, die z.B. als eigenständiger Kontingenträger neben den drei Bezirksverwaltungen bei einer dezentralen Baustoffverteilung berücksichtigt wird. Dabei wird an die „Solidarhaftung“ des ganzen Volkes appelliert, die gegenüber den kriegszerstörten Städten zu leisten wäre, um den Neuaufbau zu realisieren.

Mit dem Blick auf die erheblichen Zerstörungen der Stadt sowie die Bevölkerungsverluste durch den Krieg und die Bombardierungen, aber auch wegen der verkehrsgünstigen Lage und sich an der Elbe aufstauender Flüchtlingsströme leidet die Stadt an einer akuten Wohnungsnot, für die eine Regulierung des Zuzuges und eine Zwangsbewirtschaftung der Wohnungen erforderlich ist. Vergegenwärtigt man sich die reale Situation der Stadt, so zeugt der sachliche Bericht über die Funktionsfähigkeit der Krankenhäuser, die absolvierten Reparaturen der technischen Infrastruktur sowie die Tätigkeit des Amtes für Arbeit und des Wohnungsamtes etc. von einer arbeitsfähigen Verwaltung.

Aus einer der ersten schriftlich überlieferten Positionsbestimmungen der Kommunalverwaltung von Magdeburg in den Nachkriegsjahren spricht ein Realitätsbezug und Pragmatismus, der auf eine besondere politische Situation verweist, in der Entwicklungsrichtungen offen sind.



# Ein Jahr Aufbauarbeit in Magdeburg

Rechenschaftsbericht der Stadtverwaltung  
über die im ersten Jahr nach dem Hitlerkrieg geleistete Arbeit,  
erstattet in der 1. Beratenden Versammlung am 27. Juli 1946  
von Oberbürgermeister Eberhard.

Herausgegeben vom Magistrat der Stadt Magdeburg

4509-20.000-8.46-Druckerei-33-G-04.631

## Vom Bauen

Es ist hoch anzuerkennen, daß sich nach dem Zusammenbruch überall die Kräfte regten, um die Häuser instandzusetzen, Geschäfte und Werkräume — und sei es in noch so primitiver Form — für ihren Verwendungszweck wieder herzurichten. Mit den noch vorhandenen Baustoffen, den aus den Trümmern wiedergewonnenen Materialien wurden viele Schäden beseitigt. Doch nach Aufarbeitung dieser Bestände zeigte sich, daß die Privatinitiative nicht ausreichte, von Einzelleistungen abgesehen, deren volkswirtschaftliche Bedeutung umstritten ist, dem Neuaufbau unserer Stadt einen sichtbaren Anfang zu geben. Die sich immer schwieriger gestaltende Lage auf dem Baustoff- und Arbeitsmarkt, die mit der Wiederbelebung der Wirtschaft gewachsenen Ansprüche an die Bauwirtschaft führten zu einer ständig steigenden Beanspruchung der Stadtverwaltung auch auf diesem Sektor.

Die Erfahrungen der ersten Monate in der Bewirtschaftung der Baustoffe fanden ihren Niederschlag in der Bildung eines Neuaufbauamtes im Mai dieses Jahres.

Seine Aufgabe ist es, die Baustoffe und Arbeitskräfte, soweit sie dem zivilen Sektor zur Verfügung stehen, auf das zweckmäßigste einzusetzen, sie den Stellen des dringendsten Bedarfs zuzuleiten. Dabei steht die Wiederinstandsetzung des beschädigten Wohnraumes im Vordergrund.

Trotz der ungeheuren Schwierigkeiten in der Baustoffbeschaffung wurden

rund 52 000 Sack Zement, 42 000 Zentner Kalk, 630 000 Dachsteine und 54 000 m<sup>2</sup> Kunstglas,

um nur einige der Baustoffe zu nennen, der Bauwirtschaft zugeleitet. Die über 6 000 000 Mauersteine, die durch die Pflichtarbeit gewonnen wurden, waren ein wichtiger Beitrag für die bisher durchgeführten Bauarbeiten.

Durch das Neuaufbauamt wird unter Heranziehung aller zur Verfügung stehenden Baustoffe die Wiederinstandsetzung der Wohnungen auf das stärkste gefördert. Leider ist die Zuteilung von



Zement infolge der Reparationslieferungen zunächst eingestellt. Unser Bestreben mußte deshalb darauf gerichtet sein, eine gerechtere Baustoffverteilung im Rahmen der gesamten Provinz zu erreichen. Dieses bei der Gründung der Arbeitsgemeinschaft ausgearbeitete Ziel ist vor den Städten vorerst in den Vordergrund gestellte Ziel ist vor wenigen Tagen erreicht worden. Nach unseren Vorschlägen erfolgt nunmehr die Verteilung der dem zivilen Sektor zur Verfügung stehenden Baustoffe an vier Kontingenträger, an die drei Bezirksverwaltungen und die Arbeitsgemeinschaft der ausgebombten Städte. Die Dezentralisierung der Baustoffverteilung, die dadurch geschaffene bessere Übersicht und Beurteilung der zweckmäßigsten Verwendung der Materialien ist damit erreicht.

Die für den Monat August erstmalig vorgesehene Verteilung auf dieser Grundlage, die Zuweisung eines Globalkontingentes an unsere Arbeitsgemeinschaft, deren Unterverteilung uns als federführender Stadt obliegt, wird folgendes Ergebnis haben: Gegenüber der bisherigen monatlichen Zuteilung wird unsere Stadt die fünf- bis sechsfache Menge an Kalk, fast 140 Prozent mehr Dachsteine und 55 Prozent mehr Kunstglas erhalten. Durch diese stärkere Zuteilung wird der Ausfall an Zement-Dachsteinen, deren Produktion zwangsläufig eingestellt werden mußte, ausgeglichen. Mit diesem ersten Erfolg werden wir uns nicht bescheiden. Unser Bestreben geht dahin, auch auf die Verteilung der Baustoffe an die übrigen Sektoren der Wirtschaft Einfluß zu nehmen, damit für die Arbeitsgemeinschaft unter der Berücksichtigung der besonderen Notlage der in ihr zusammengeschlossenen Städte zusätzliche Baumaterialien freigemacht werden.

Neben den Baustoffen galt es, Arbeitskräfte der Wohnungsinstandsetzung zuzuführen. Waren bei der Bekanntgabe unseres Aufbauprogramms im Mai 400 Arbeitskräfte für die Wohnungsinstandsetzung eingesetzt, so sind es jetzt bereits 1060, die an der Wiederherstellung des Wohnraums arbeiten.

Weitere Maßnahmen sind in engster Zusammenarbeit mit dem Amt der Arbeit für die allernächste Zeit vorgesehen, um zusätzliche Arbeitskräfte freizumachen, damit das möglichste getan wird, den beschädigten Wohnraum winterfest zu machen oder ihn seiner früheren Benützung zuzuführen.

Wenn auch jetzt unsere wichtigste Aufgabe darin besteht, die noch erhaltbaren Häuser vor weiterem Verfall zu schützen, so wird dadurch das eigentliche Problem, ein neues Magdeburg zu schaffen, in keiner Weise vernachlässigt. Unter der Perspektive einer vier Jahre, vielleicht Jahrzehnte in Anspruch nehmenden Aufgabe werden die Arbeiten, die ja nur Vorarbeiten, die Baustelleneinrichtung darstellen, organisiert und in Angriff genommen.

Der neue Bebauungsplan, der den Ansprüchen Rechnung trägt, die wir an die Gestaltung unserer neuen, aufgelockerten Stadt stellen, ist aus einem Wettbewerb hervorgegangen.

Die Größe der vor uns liegenden Aufgabe wird jedem zum Bewußtsein kommen, wenn er, diesen Plan vor seinen Augen, sich in die Trümmerstätten unserer Innenstadt begibt.

## Enttrümmerung und Schutzverwertung

Aus der Erkenntnis, daß für den Neuaufbau die Beseitigung der Trümmer die erste und wichtigste Voraussetzung ist, wurde am 19. Mai vorigen Jahres die arbeitsfähige männliche Bevölkerung im Alter von 14 bis 65 Jahren zur Pflichtarbeit aufgerufen. Ihre wichtigste Aufgabe lag zuerst in der Freilegung der Verkehrswege, der Beseitigung gefahrdrohender Stellen und anderen Aufräumungsarbeiten der mannigfaltigsten Art. Dem Einsatz der Pflichtarbeiter ist es mit zu verdanken, daß der Verkehr und damit die gesamte Wirtschaft nach dem Zusammenbruch sehr bald wieder die ihr obliegenden Funktionen ausüben konnte.

Durch unseren neuen Aufbauplan ist die frühere Pflichtarbeit in die Arbeit umgewandelt worden. Planmäßig soll sie mitarbeiten an der Schaffung der Voraussetzungen für den Neuaufbau unserer Stadt. Sie ist unerlässlich, um die Vorbereitungen für unsere große, sich über Jahre hinaus erstreckende Baustelle der Innenstadt zu schaffen. Sie stellt uns nicht nur die uns sonst fehlenden zusätzlichen Arbeitskräfte, sondern ist nach unserem neuen Plan gleichzeitig die finanzielle, aus der die Mittel fließen, die für die Abfuhr des unbrauchbaren Schuttes erforderlich sind.

Aus den Trümmern werden durch eine planvolle Organisation nicht nur für den Neuaufbau wertvolle Materialien — vom Mauerstein über den Heizkörper bis zum Wasserhahn — wiedergewonnen, sondern damit auf absehbare Zeit ersetzliche Werte vor ihrer weiteren Vernichtung bewahrt.

Die Erlöse für diese Materialien, die Beträge, die für die in den Betrieben geleistete Aufbauarbeit erzielt werden, haben uns in wenigen Wochen nach der Bekanntgabe unseres Aufbauplanes in den Stand gesetzt, mit der Enttrümmerung durch bezahlte Arbeitskräfte zu beginnen. Das Aufkommen unserer Aufbauarbeit gestattet uns schon jetzt den Einsatz von etwa 250 entlohnten Arbeitern und die Bezahlung des umfangreichen Geräteparkes.

Dabei ist nicht zu übersehen, daß Mensch und Maschine in dem jetzigen Stadium erst mit dem Aufbau der Baustelleneinrichtung beschäftigt sind. Zwar dampfen schon die ersten Lokomotiven,

beladene Loren hinter sich ziehend, durch die Straßen, aber noch ist das gesteckte Ziel für den ersten Bauabschnitt nicht erreicht. In wenigen Wochen dürften die Vorarbeiten beendet sein und der dann einsetzende Verkehr unserer Transportzüge Zeugnis ablegen von unserem Willen, trotz aller Schwierigkeiten eine neue Stadt, bessere Wohnbedingungen für die gesamte Bevölkerung zu schaffen.

### *Solidarhaftung des ganzen Volkes*

In Erkenntnis der Tatsache, daß wir auch mit der opferwilligsten Unterstützung der gesamten Einwohner den Neuaufbau unserer Stadt nicht durchführen können, haben wir die Arbeitsgemeinschaft ausgebombter Städte unserer Provinz gebildet.

**Wir haben damit den Weg beschritten, der zur Solidarhaftung aller Bevölkerungsschichten nicht nur unserer Provinz, sondern ganz Deutschlands gegenüber den kriegs zerstörten Städten führen muß. Der Aufbau der vom Kriege besonders heimgesuchten Gemeinden kann und darf nicht ihre alleinige Aufgabe bleiben, sondern muß die des gesamten deutschen Volkes werden.**

Zu diesen Arbeiten kam die Instandsetzung von Verwaltungs-, Wirtschafts- und Wohnräumen sowie in den Krankenhäusern. In städtischen Familienhäusern, Altersheimen und Stiftungen wurden 280 Wohnungen instand gesetzt, in Privathäusern konnten durch die Beseitigung der Serienschäden mit städtischer Hilfe rund 1700 Wohnungen bewohnbar gemacht werden. Dazu kamen 3200 Wohnungen, die zum erheblichen Teil in Selbsthilfe wieder hergestellt wurden. In Privathäusern sind also bis zum Schluß des ersten Baujahres insgesamt etwa 5000 Wohnungen wieder bewohnbar gemacht worden. Dazu kommt eine Reihe weiterer Bauten, die nicht alle aufgeführt werden können, daneben war auch die selbstverständliche Verpflichtung zu erfüllen, Verwaltungs-, Wohn- und Unterkunftsräume für die Besatzungstruppen instandzusetzen.

Dem Straßenbauamt erwachsen vielfältige und umfangreiche Aufgaben durch die Schäden, die Fliegerbomben an der Straßenebefestigung und an den Entwässerungs- und Versorgungsleitungen angerichtet hatten. Innerhalb der Gemarkungsgrenzen wurden durch etwa 600 Bomben und zahlreiche Granaten Schäden in einem Gesamtumfang von rund 160 000 qm an der Straßenebefestigung verursacht. Von den entstandenen Schäden sind zwei Drittel im ersten Jahre beseitigt worden.

In Verbindung mit dem Strombrückenbau wurde die Straßenstrecke ab Otto-von-Guericke-Strabe quer durch die Altstadt über die

Brücke bis Magdeburg-Ost wiederhergestellt. Auch die Versorgungsleitungen — Wasser, Gas, elektrischer Strom, Telefon, Feuerwehrkabel — wurden über die Brücke geführt.

Außer den Brückenbauten über die Elbe, über die bereits gesprochen worden ist, wurde es notwendig, Straßenbrücken in der Stadt zu reparieren, zum Beispiel die Elbbahnhofsbrücke im Zuge der Sternbrücke und die Westringbrücke, die durch Bomben und Granaten beschädigt worden waren. Weitere Arbeiten mußten vorgenommen werden an den Elbdeichen, um den Hochwassergefahren zu begegnen.

Die Wiederherstellung der Inneneinrichtung der Verwaltungs- und Krankenhäuser stellte an das Maschinenamt und das Heizungsamt bedeutende Anforderungen.

In der Pumpstation Cracauer Anger wurden erhebliche Fliegerschäden an den Maschinen und Rohrleitungen beseitigt, unter anderem mußten 9 Rohre von 1000 mm lichtigem Durchmesser am Zuwachs bei Biederitz ausgetauscht werden. Die Abwasserbestellen in den verschiedenen Stadtteilen wurden zum größten Teil wieder betriebsfertig hergerichtet.

Bei der Einrichtung des Magdeburger Senders wurde im engsten Einvernehmen mit der Post beratend vom Maschinenamt mitgewirkt.

Das erste Baujahr nach der furchtbaren Zeit wahnsinniger Zerstörung stand im Zeichen einer Gemeinschaftsarbeit, die von der Stadtverwaltung, den Fachkräften und allen arbeitsfähigen und verantwortungsbewußten Magdeburgern in enger Verbindung mit den Parteien des antifaschistischen Blocks und den Gewerkschaften geleistet wurde.

### *Die Sorgen um Wohnraum*

Ein besonders schwieriges Aufgabengebiet zu meistern, obliegt dem Wohnungsbauamt. Durch die großen Zerstörungen von Wohnraum war Magdeburg gezwungen, den Zuzug zu regulieren. Die evakuierten Magdeburger konnten nicht alle wieder in der Stadt aufgenommen werden. Eine Zuzugsgenehmigung kann nur erteilt werden, wenn bestimmte Voraussetzungen erfüllt sind (Heimkehrer aus der Kriegsgefangenschaft, Ausübung wichtiger Berufe). Seit dem 1. Juli vorigen Jahres wurde für 50 367 Parteien mit 125 917 Personen die Zuzugsgenehmigung erteilt. Davon sind 63 000 Personen in Magdeburg sehaft geblieben. Es erfolgten 4895 Freigaben von Wohnungen, 33 233 Untermieter wurden in Quartiere eingewiesen. In 13 921 Fällen erfolgte die Vermittlung von Quartieren. Die Quartierungen bedeuteten ein Zusammenwohnen von mehreren Familien



in Einzelwohnungen. Aus dem engen Zusammenhaufen entstehen Konflikte und Zwistigkeiten, die das Eingreifen einer übergeordneten Stelle notwendig machen. Die dafür eingesetzte Schlichtungsstelle hatte im Jahre 1945 wöchentlich 100 bis 300 Fälle und 1946 durchschnittlich 70 Fälle zu erledigen.

Technische Prüfungen der Wohnungen und die Kontrolle von Behelfsheimen mußten durchgeführt werden. Die Verordnung über die Wohnraumbeschlagnahme brachte wiederum große Arbeit. Es wurden 1600 Wohnungen von Aktivisten beschlagnahmt und 13 500 Wohnungen von nominellen Pg.s erfaßt.

In der Frage der Neuschaffung und der Instandsetzung von Wohnungen sei auf die Tatsache verwiesen, daß allein von insgesamt 21 000 Wohnungen der gemeinnützigen Baugenossenschaften 16 250 reparaturbedürftig sind. Dabei muß bemerkt werden, daß durch die Lage der Genossenschaftswohnungen, die fast ausschließlich in Außenbezirken gebaut worden sind, die Kriegsbeschädigungen dort verhältnismäßig geringer waren als in den inneren Stadtteilen. Bei einem Gesamtbestand von 60 000 Wohnungen, der noch in Magdeburg zu verzeichnen ist, ist zu ermesen, in welchem Umfange Instandsetzungsarbeiten notwendig werden. Der ursprünglich aufgestellte Plan für die Instandsetzungsarbeiten kann infolge Materialmangels nicht durchgeführt werden.

Trotz der Schwierigkeiten, die eine wesentliche Vermehrung des verfügbaren Wohnraumes vorerst ausschließen, ist mit größerem Zuzug nach Magdeburg zu rechnen. Außerhalb der Stadt warten noch 60 000 evakuierte Magdeburger auf die Zuzugsgenehmigung. Daneben werden für einige tausend fremde Facharbeiter, zum Aufbau der großen Industriewerke und zur Erfüllung der Reparationsverpflichtungen Quartiere erforderlich. Dank kann ein solches Amt naturgemäß nicht erwarten, wohl aber Verständnis für seine wahrlich schwere Aufgabe.



„Zum grünen Löwen“, Georgenstraße Nr. 11

Dokumente 2

## **16 „Grundsätze des Städtebaus“ vom 15. September 1950**

Ministerialblatt der Deutschen Demokratischen Republik. Nr. 25; 16. September 1950

## **"Gesetz über den Aufbau der Städte in der Deutschen Demokratischen Republik und der Hauptstadt Deutschlands, Berlin vom 6. September 1950 (Aufbaugesetz)**

Gesetzblatt der Deutschen Demokratischen Republik 1950, Nr. 104

Die im Juli 1950 verabschiedeten „Grundsätze des Städtebaus“ formulieren ein Leitbild, das eine Wende im gesamten System des Planens und Bauens in der gerade gegründeten DDR herbeiführt. Das wird vor allem mit sowjetischen Erfahrungen im Städtebau legitimiert. Die Grundsätze begründen einen ästhetischen Ganzheitlichkeitsausdruck für den Städtebau und basieren auf einer weitgehenden Entmachtung der Kommunen sowie einer durchgängigen staatlichen Zentralisierung der Planungshoheit. Das "Aufbaugesetz" verankert die "Grundsätze" als Planungsinstrument und regelt die Entscheidungswege. Außerdem ermächtigt es die DDR-Regierung zur Erklärung von "Aufbaugebieten" und damit zur Inanspruchnahme der hierfür vorgesehenen Territorien und Grundstücke in den Städten. Zur Entwicklung des Städtebaus und der Architektur in der DDR wird auf der Grundlage des Gesetzes die „Deutsche Bauakademie“ gebildet und direkt dem Minister für Aufbau unterstellt.

Das Zustandekommen der Grundsätze selbst ist ein Zeugnis für die Stalinisierung und Zentralisierung der Stadtentwicklung in den ersten Jahren nach Gründung der DDR. Im Frühjahr 1950 fährt eine Delegation der DDR-Regierung unter Leitung des Ministers für Aufbau, Dr. Lothar Bolz (NDPD), zu einer 6-wöchigen Studienreise in die sowjetische Hauptstadt. An dieser "Reise nach Moskau" nehmen außerdem der designierte erste Präsident der Deutschen Bauakademie, Kurt Liebknecht, Walter Pisternik vom Ministerium für Aufbau, Waldemar Alder vom Industrieministerium, der Dresdner Stadtplaner Kurt W. Leucht sowie der Leiter des Planungsamtes beim Magistrat von Groß-Berlin, Edmund Collein, teil. Letzterer übernimmt im Rahmen des Nationalen Aufbauwerkes ab 1952 die Rolle eines „Konsultanten“ für die Stadt Magdeburg.

Die Reise leitet einen bewußten Bruch mit den ersten Ansätzen der Nachkriegsplanung in den Aufbaustädten der DDR ein, weil sie über die persönliche Vermittlung der teilnehmenden Personen auf direktem Wege sowjetische Positionen und Erfahrungen transportiert. Die Exkursion führt über Moskau hinaus nach Stalingrad (heute Wolgograd), einer im Krieg vollkommen

zerstörten Stadt; nach Kiew, wo der Neuaufbau des historischen Zentrums und Werkssiedlungen studiert werden können, und schließlich nach Leningrad (heute wieder St. Petersburg), das als denkmalgeschützte Stadanlage einer sorgfältigen Rekonstruktion vorbehalten ist. In Moskau selbst bieten die Bauausstellung, die im Bau befindlichen Hochhäuser an markanten Positionen, Theaterbauten und die ab 1935 errichteten Metrostationen konkrete Anschauung. Dabei und vor allem in den Besprechungen beim sowjetischen Ministerium für Städtebau werden die funktionalistischen Positionen der angereisten deutschen Architekten (Alder und Collein sind Absolventen des Bauhauses Dessau) gründlich in Frage gestellt.

Nach Rückkehr der Delegation aus der Sowjetunion werden die bereits in Moskau formulierten Leitlinien für den Städtebau und die Architektur bekanntgemacht. Das erfolgt in zahlreichen Veröffentlichungen und auf sogenannten Arbeitstagungen mit Architekten, Leitern der Planungsämter in den Aufbaustädten, Kommunalpolitikern und Ministerialangestellten. So wird auch der Magdeburger Oberbürgermeister Eberhardt im Frühsommer 1950 mehrmals nach Berlin zitiert. Seine Änderungsvorschläge zum Text der „Grundsätze“, die sich vor allem auf die Bedeutung der Industrie für die Stadtentwicklung beziehen, bleiben unberücksichtigt, weil schließlich die Urfassung verabschiedet wird. Die Beratungen dienen also vor allem zur Propagierung eines Dogmas.

Das Aufbaugesetz benennt im § 2 die Aufbaustädte, zu denen auch Magdeburg gehört. Nach intensiver sowjetischer Unterweisung wird auf diesem Wege ein Modell zur Stadtentwicklung angeordnet und durchgesetzt, das eine hierarchisch strukturierte, zentral organisierte und großräumig komponierte Stadt anstrebt. Die Form oder besser: das Stadtbild soll nach historischen und künstlerischen Gesichtspunkten entwickelt werden. Architektonische Elemente sollen soziale und politische Ziele der Gesellschaft zum Ausdruck bringen. Das meint das Bild einer kompakten, um ein Zentrum gruppierten Stadtstruktur mit vertikalen Akzenten und ideologisch begründeten Inseln des kulturhistorischen Erbes aus vorindustriellen Epochen. Diese Modernisierungsambitionen in historisierendem Gewand negieren vor allem die bürgerliche und gründerzeitliche Stadt.



# MINISTERIALBLATT

der

## Deutschen Demokratischen Republik

1950

Berlin, den 16. September 1950

Nr. 25

Tag	Inhalt	Seite
15. 9. 50	Bekanntmachung der Grundsätze des Städtebaues .....	153

### Bekanntmachung der Grundsätze des Städtebaues.

Vom 15. September 1950

Die von der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik in ihrer Sitzung vom 27. Juli 1950 bestätigten „Grundsätze des Städtebaues“ werden nachstehend bekanntgegeben.

Berlin, den 15. September 1950

Regierungskanzlei  
Dr. Geyer  
Staatssekretär

### Grundsätze des Städtebaues

Die Stadtplanung und die architektonische Gestaltung unserer Städte müssen der gesellschaftlichen Ordnung der Deutschen Demokratischen Republik, den fortschrittlichen Traditionen unseres deutschen Volkes sowie den großen Zielen, die dem Aufbau ganz Deutschlands gestellt sind, Ausdruck verleihen.

Dem dienen die folgenden Grundsätze:

1. Die Stadt als Siedlungsform ist nicht zufällig entstanden.

Die Stadt ist die wirtschaftlichste und kulturreichste Siedlungsform für das Gemeinschaftsleben der Menschen, was durch die Erfahrung von Jahrhunderten bewiesen ist.

Die Stadt ist in Struktur und architektonischer Gestaltung Ausdruck des politischen Lebens und des nationalen Bewußtseins des Volkes.

2. Das Ziel des Städtebaues ist die harmonische Befriedigung des menschlichen Anspruches auf Arbeit, Wohnung, Kultur und Erholung.

Die Grundsätze und Methoden des Städtebaues fußen auf den natürlichen Gegebenheiten, auf den sozialen und wirtschaftlichen Grundlagen des Staates, auf den höchsten Errungenschaften von Wissenschaft, Technik und Kunst, auf den Erfordernissen der Wirtschaftlichkeit und auf der Verwendung der fortschrittlichen Elemente des Kulturerbes des Volkes.

3. Städte „an sich“ entstehen nicht und existieren nicht. Die Städte werden in bedeutendem Umfange von der Industrie für die Industrie gebaut. Das Wachstum der Stadt, die Einwohnerzahl und die Fläche werden von den städte-

bildenden Faktoren bestimmt, d. h. von der Industrie, den Verwaltungsorganen und den Kulturstätten, soweit sie mehr als örtliche Bedeutung haben.

In der Hauptstadt tritt die Bedeutung der Industrie als städtebildenden Faktors hinter der Bedeutung der Verwaltungsorgane und der Kulturstätten zurück.

Die Bestimmung und Bestätigung der städtebildenden Faktoren ist ausschließlich Angelegenheit der Regierung.

4. Das Wachstum der Stadt muß dem Grundsatz der Zweckmäßigkeit untergeordnet werden und sich in bestimmten Grenzen halten.

Ein übermäßiges Wachstum der Stadt, ihrer Bevölkerung und ihrer Fläche führt zu schwer zu beseitigenden Verwicklungen in ihrer Struktur, zu Verwicklungen in der Organisation des Kulturlebens und der täglichen Versorgung der Bevölkerung und zu betriebstechnischen Verwicklungen sowohl in der Tätigkeit wie in der Weiterentwicklung der Industrie.

5. Der Stadtplanung zugrunde gelegt werden müssen das Prinzip des Organischen und die Berücksichtigung der historisch entstandenen Struktur der Stadt bei Beseitigung ihrer Mängel.

6. Das Zentrum bildet den bestimmenden Kern der Stadt.

Das Zentrum der Stadt ist der politische Mittelpunkt für das Leben seiner Bevölkerung.

Im Zentrum der Stadt liegen die wichtigsten politischen, administrativen und kulturellen